

**Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2017 – 2018**  
Kräftiger Wirtschaftsaufschwung in  
Österreich

**SPERRFRIST: Donnerstag, 29. Juni 2017, 10:30 Uhr**



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN  
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES

Vienna



**Prognose der österreichischen  
Wirtschaft 2017 – 2018**  
Kräftiger Wirtschaftsaufschwung in  
Österreich

Die Modellprognosen werden von der  
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

Ines Fortin  
Daniela Grozea-Helmenstein  
Jaroslava Hlouskova  
Helmut Hofer  
Sebastian Koch  
Martin G. Kocher  
Robert M. Kunst  
Simon Loretz  
Michael Reiter  
Edith Skriner  
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm  
des Instituts für Höhere Studien

## **Kontakt:**

### **Martin G. Kocher**

☎: +43/1/599 91-125  
email: [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at)

### **Helmut Hofer**

☎: +43/1/599 91-251  
email: [hofer@ihs.ac.at](mailto:hofer@ihs.ac.at)

### **Klaus Weyerstraß**

☎: +43/1/599 91-233  
email: [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at)

### **Paul Glück**

Public Relations  
☎: +43/1/599 91-122  
+43 660 150 5001  
email: [paul.glueck@ihs.ac.at](mailto:paul.glueck@ihs.ac.at)

---

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreichern Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

# Inhalt

<b>1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG</b>	<b>1</b>
Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse .....	4
Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse .....	5
<b>2. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR</b>	<b>8</b>
2.1 Internationale Konjunkturprognosen .....	8
Abbildung: OECD-Frühindikator .....	9
Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum .....	10
2.2 Länderprognosen .....	11
Abbildung: Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESI) .....	13
Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen .....	20
<b>3. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT</b>	<b>21</b>
<b>4. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR</b>	<b>22</b>
Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte .....	22
Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände .....	24
Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate .....	24
Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie .....	25
Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum .....	28
Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum .....	29
<b>5. MONETÄRE PROGNOSE</b>	<b>32</b>
Texttabelle: Leitzinsen .....	32
Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen .....	33
<b>TABELLENANHANG</b>	<b>34</b>



## Kräftiger Wirtschaftsaufschwung in Österreich

**Unterstützt von der Belebung der Weltwirtschaft beschleunigt sich das Wirtschaftswachstum in Österreich kräftig. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2017 und 2018 um 2.2 % bzw. 1.7 % steigen. Die Exporte sollten dabei merklich anziehen und die Binnennachfrage robust bleiben. Die Inflation dürfte 2 % betragen und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen erstmals seit sechs Jahren wieder zurückgehen.**

### 1. Einleitung und Zusammenfassung

Die österreichische Wirtschaft expandiert auf breiter Front. Nachdem die heimische Volkswirtschaft im Vorjahr auf einen soliden Wachstumskurs eingeschwenkt war, verstärkte sich der Aufschwung zu Jahresbeginn weiter. Gemessen an der Trend-Konjunktur-Komponente betrug das Wirtschaftswachstum im ersten Quartal 0.7 % gegenüber dem Vorquartal – der höchste Wert seit dem Jahr 2011. Im Vorjahresvergleich betrug das Wachstum 2 ¼ %. Weiterhin robust entwickelte sich dabei die Binnennachfrage. Konsum und Investitionen legten spürbar zu. Eine besonders kräftige Dynamik entwickelte die Exporttätigkeit. Im Gegensatz zum Vorjahr ging damit von der Außenwirtschaft wieder ein positiver Wachstumsbeitrag aus. Die Frühindikatoren deuten einheitlich auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Vor diesem Hintergrund hebt das Institut seine Wachstumsprognose für das Jahr 2017 auf 2.2 % an. Damit liegt die heimische Wirtschaftsdynamik erstmals seit dem Jahr 2013 wieder über der im Euroraum (1.9 %). Für das Jahr 2018 wird ein Wachstum von 1.7 % erwartet.

Die Weltwirtschaft verzeichnet seit Mitte des Vorjahres einen soliden Aufschwung. In den entwickelten Volkswirtschaften ist die wirtschaftliche Stimmung gut. In den Schwellenländern hat sich die konjunkturelle Lage merklich verbessert. Das solide Wachstum der Weltwirtschaft hat sich im ersten Quartal des heurigen Jahres geringfügig verlangsamt. Dies ist auf die als temporär eingeschätzte schwächere Entwicklung in den USA zurückzuführen, wo die Wirtschaft im ersten Quartal gegenüber dem Vorquartal nur um 0.3 % gewachsen ist, nach 0.5 % im Schlussquartal des Vorjahres. Mit einer Zunahme um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal verzeichnete hingegen die Wirtschaft im Euroraum eine kräftige Expansion. Es finden sich Anzeichen dafür, dass sich in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften die Dynamik vom privaten Konsum zu den Investitionen verschoben hat. Unter den Schwellenländern blieb die Konjunktur in China robust, und die wirtschaftliche Erholung in Brasilien und Russland setzte sich fort. Die Stimmungsindikatoren deuten darauf hin, dass sich das Expansionstempo der Weltwirtschaft im zweiten Quartal wieder erhöht hat. Von der Geld- und Fiskalpolitik sollten weiterhin belebende Impulse ausgehen, lediglich in den USA wird die Geldpolitik weiter gestrafft. Allerdings bestehen nach wie vor erhebliche politische Unsicherheiten, etwa über die Ausrichtung der Fiskalpolitik in den USA oder die längerfristigen wirtschaftlichen Folgen des Brexit. Diese Unsicherheiten scheinen das Wachstum gegenwärtig aber kaum zu dämpfen. Das Institut erwartet somit das folgende internationale Konjunkturprofil: Die US-Wirtschaft dürfte in den Jahren 2017 und 2018 um 2.2 % bzw. 2.4 % zulegen, also etwas schwächer als noch im März erwartet. Im Euroraum bleibt die konjunkturelle Dynamik mit Wachstumsraten von 1.9 % bzw. 1.8 % relativ hoch. In China ist mit einer moderaten

Abschwächung der Dynamik auf 6.5 % bzw. 6.2 % zu rechnen. Die Weltwirtschaft sollte somit um 3.5 % bzw. 3.6 % expandieren.

Gestützt von der Steuerreform und der geringen Inflation hat der private Konsum in Österreich im Vorjahr um 1.5 % zugelegt. Im Prognosezeitraum sollte sich die positive Konsumdynamik fortsetzen. Darauf deutet auch die Verbesserung des Konsumentenvertrauens hin. Zwar fallen belebende Impulse weg, aber die Erhöhung der Negativsteuer im Rahmen der Steuerreform wird erst heuer wirksam, und die Sparquote sollte nach dem Anstieg im Jahr des Inkrafttretens der Steuerreform wieder etwas zurückgehen. Positive Impulse sollten auch von der verbesserten Arbeitsmarktsituation ausgehen. Folglich dürfte der reale private Konsum heuer um 1.4 % steigen. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum im Einklang mit der Einkommensentwicklung erwartet (1.0 %).

Die Dynamik der Investitionstätigkeit bleibt hoch. Die positiven Konjunkturaussichten, weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen, steuerliche Maßnahmen sowie die Bevölkerungsdynamik stützen die Investitionsnachfrage. Aufgrund der verbesserten Unternehmenserwartungen sollten auch die Erweiterungsinvestitionen wieder zunehmen. In den beiden Prognosejahren werden für die Ausrüstungsinvestitionen Wachstumsraten von 4.8 % und 2.5 % erwartet. Anhaltend positiv sollten sich auch die Bauinvestitionen mit Wachstumsraten von jeweils 1.8 % entwickeln. Für die Bruttoanlageinvestitionen ergeben sich somit Zuwächse von 3.4 % bzw. 2.2 %.

Im Vorjahr legten die österreichischen Exporte kaum zu. Aufgrund der kräftigen Importnachfrage ging von der Außenwirtschaft somit ein negativer Wachstumsbeitrag aus. Mit dem Anziehen des Welthandels und der verstärkten internationalen Nachfrage nach Investitionsgütern belebte sich die Exporttätigkeit im ersten Quartal spürbar. Das Institut geht davon aus, dass die positive Dynamik im weiteren Jahresverlauf anhält, sodass für das Jahr 2017 ein Wachstum der Güterexporte von 4.9 % erwartet wird. Im kommenden Jahr sollte der Zuwachs 3.8 % ausmachen. Für die Gesamtexporte laut VGR werden Wachstumsraten von 4.0 % bzw. 3.5 % erwartet. Kräftig sollte auch die Importnachfrage mit Zuwächsen von 3.5 % bzw. 3.0 % bleiben. Insgesamt geht somit von der Außenwirtschaft im Prognosezeitraum wieder ein positiver Wachstumsbeitrag aus.

Seit Jahresbeginn pendelt die Inflationsrate um die 2-Prozent-Marke. Das Differenzial zum Euroraum hat sich somit erwartungsgemäß etwas verringert. Besonders dynamisch entwickeln sich allerdings weiterhin die Dienstleistungspreise. Nachdem weder von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen noch von der heimischen Lohnstückkostenentwicklung gegenwärtig ein starker Preisdruck zu erwarten ist, rechnet das Institut sowohl für dieses als auch für das kommende Jahr mit einer Inflationsrate von 2.0 %.

Der Konjunkturaufschwung spiegelt sich am Arbeitsmarkt wider. Die Beschäftigung expandiert weiterhin sehr kräftig, und erstmals seit dem Jahr 2011 geht die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen im Jahresvergleich zurück. Gestützt von der Reduktion der Lohnnebenkosten (Senkung des Dienstgeberbeitrags zum FLAF, Beschäftigungsbonus) nimmt die Beschäftigung mit Wachstumsraten von 1.8 % bzw. 1.4 % äußerst kräftig zu. Da sich der Anstieg des Arbeitskräftepotenzials etwas abschwächt, sollte die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen erstmals seit sechs Jahren wieder zurückgehen. Das Institut rechnet nunmehr für die Jahre 2017 und 2018 mit einer Arbeitslosenquote nach nationaler Definition von 8.6 % bzw. 8.4 %. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte 5.7 % bzw. 5.6 % betragen.



Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von den Folgen der Steuerreform, der guten Konjunktur und den niedrigen Zinsen geprägt. Für den Prognosezeitraum geht das Institut von einem gesamtstaatlichen Budgetdefizit von 0.8 % bzw. 0.7 % des BIP aus. Es ist anzumerken, dass die konjunkturelle Dynamik und die günstigen Finanzierungsbedingungen wesentliche Faktoren für die positive Budgetentwicklung darstellen. In struktureller Sicht bestehen weiterhin Herausforderungen für die künftige Bundesregierung. Sowohl die Staatsverschuldung als auch die gesamtwirtschaftliche Steuerquote sind hoch. Notwendig sind verstärkte Anstrengungen zur Sicherung der Nachhaltigkeit des Budgets. Den erforderlichen zukunftsorientierten öffentlichen Ausgaben (insbesondere in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung) muss stärkere Priorität zukommen. Reformen zur Hebung der vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich sind daher unumgänglich. Weitere Maßnahmen zur strukturellen Stärkung des Standorts Österreich sind ebenfalls notwendig, da nur so der Sozialstaat langfristig finanziert werden kann.

Insgesamt gesehen scheinen die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur in den letzten Monaten eher gesunken zu sein. Weiterhin besteht große Unsicherheit über die künftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik (z.B. Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik, Folgen des Brexit). Die Volatilität an den Finanzmärkten, die oft als Indikator für wirtschaftliche Unsicherheit herangezogen wird, ist hingegen momentan gering, und die Befürchtungen hinsichtlich einer stärker protektionistischen Ausrichtung der US-Handelspolitik haben in den letzten Monaten eher abgenommen. Der beginnende Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte aber zu Spannungen auf den Finanzmärkten führen, insbesondere in den Schwellenländern. Es ist jedoch zu beachten, dass mit der Dauer der äußerst expansiven Geldpolitik das Risiko von Fehlallokationen aufgrund verzerrter Preise, etwa am Immobilienmarkt, merklich zunimmt. Mittelfristig bleiben wohl die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es bestehen aber auch Potenziale. So könnte eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage erhöhen. Hinsichtlich der heimischen Konjunktur könnte die deutlich verbesserte Stimmung von Konsumenten und Unternehmern den Aufschwung weiter verstärken. Bleiben strukturelle Reformen aus, könnte mittelfristig durch den Wegfall des positiven Impulses der Steuerreform und aufgrund der höheren Inflation die österreichische Konsumnachfrage aber auch wieder in die Stagnation zurückfallen.

## Wichtige Prognoseergebnisse

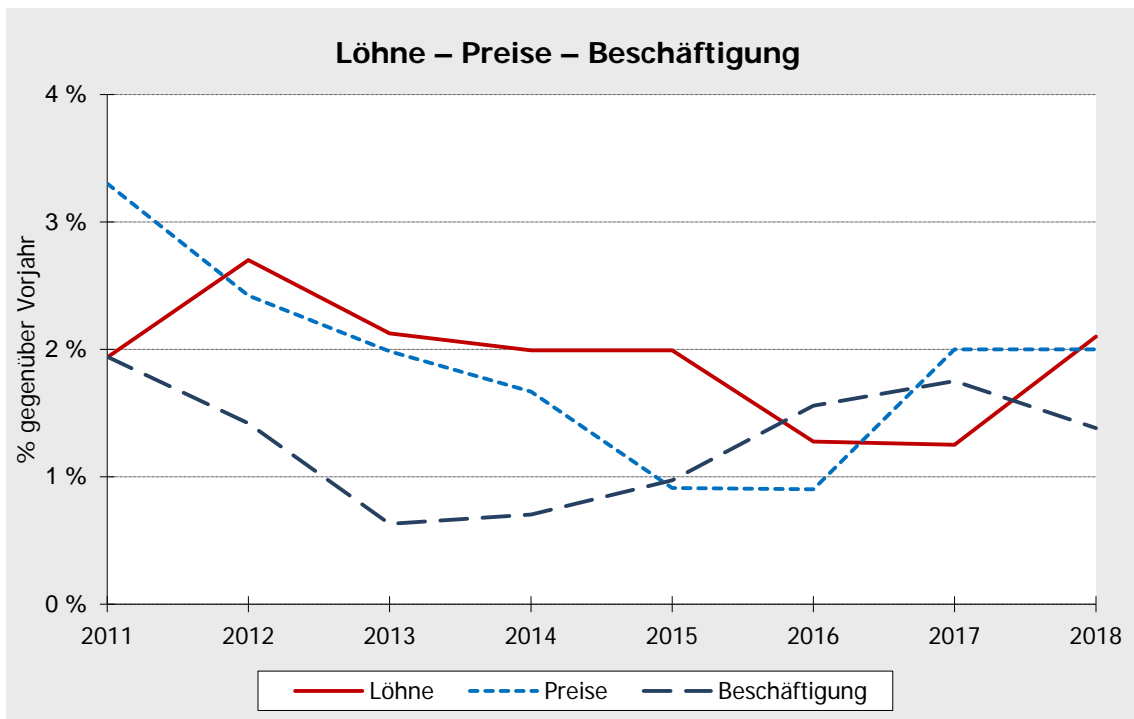
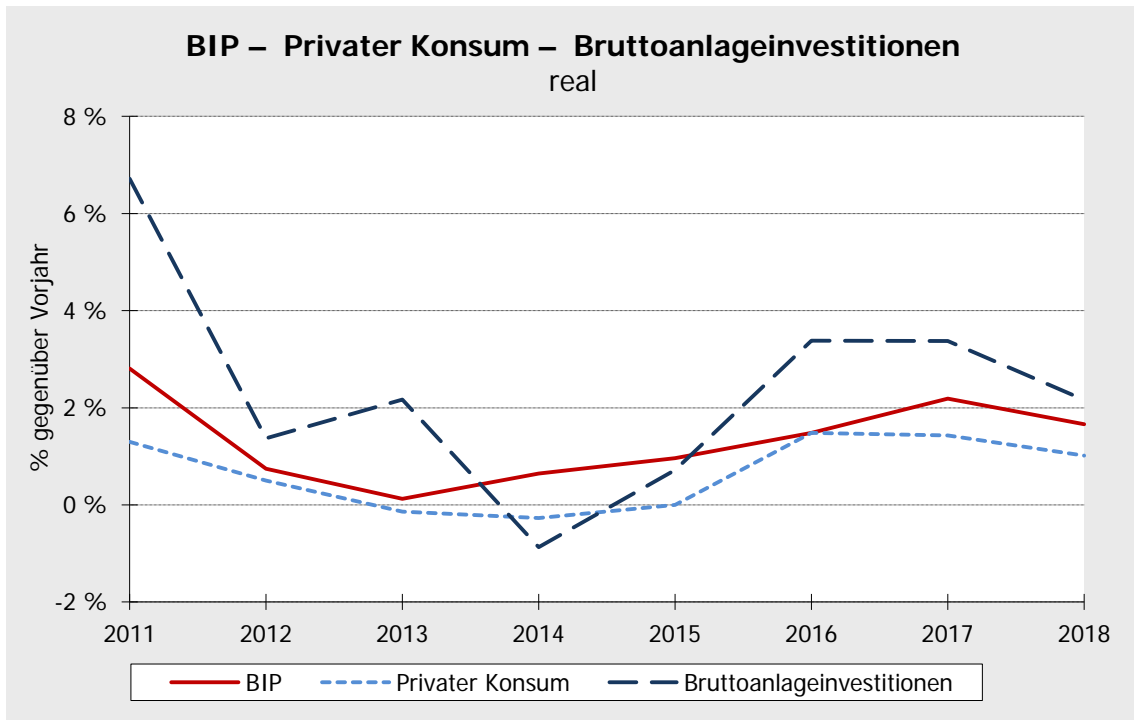
### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2016	2017	2018
Bruttoinlandsprodukt, real	1.5	2.2	1.7
Privater Konsum, real	1.5	1.4	1.0
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.0	3.7	2.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	3.4	3.4	2.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	5.1	4.8	2.5
Bauinvestitionen, real	1.4	1.8	1.8
Inlandsnachfrage, real	2.2	1.8	1.4
Exporte i.w.S., real	1.6	4.0	3.5
Waren, real (laut VGR)	1.2	4.9	3.8
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.5	0.5	0.8
Importe i.w.S., real	3.1	3.5	3.0
Waren, real (laut VGR)	3.3	3.8	3.0
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.3	1.0	1.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.6	1.8	1.4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	9.1	8.6	8.4
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	6.0	5.7	5.6
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	1.3	1.3	2.1
Preisindex des BIP	1.3	1.7	1.8
Verbraucherpreisindex	0.9	2.0	2.0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>*)</sup>	-1.6	-0.8	-0.7
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	-0.3	-0.3	-0.2
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	0.4	0.7	0.9

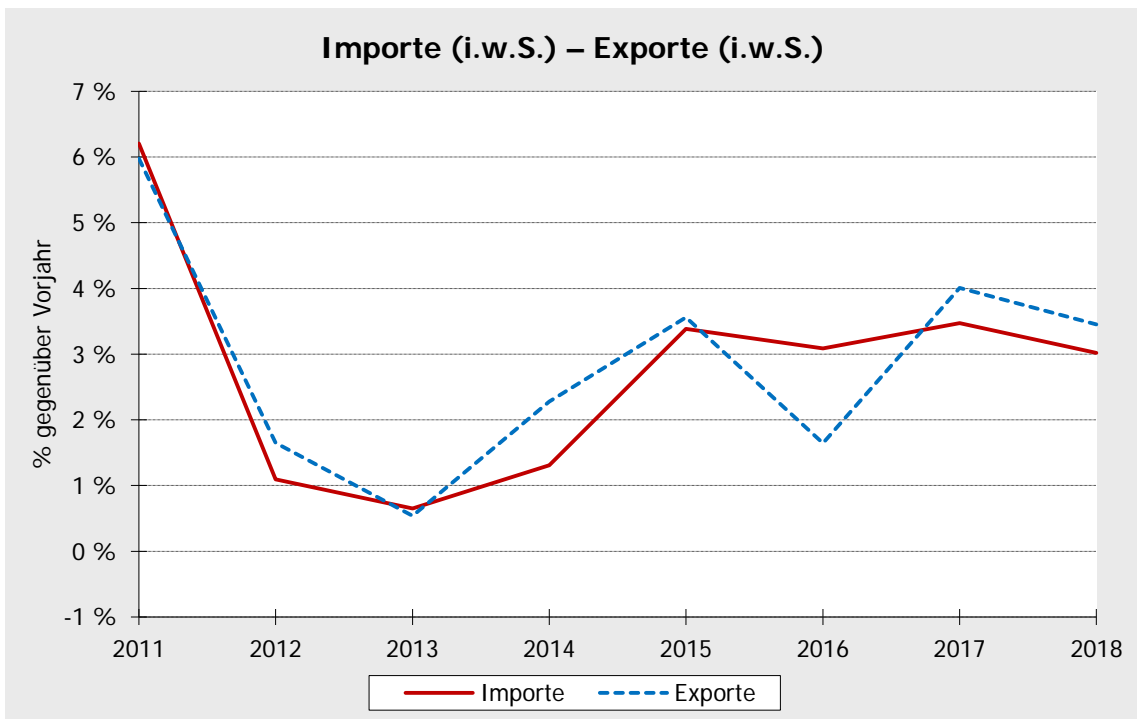
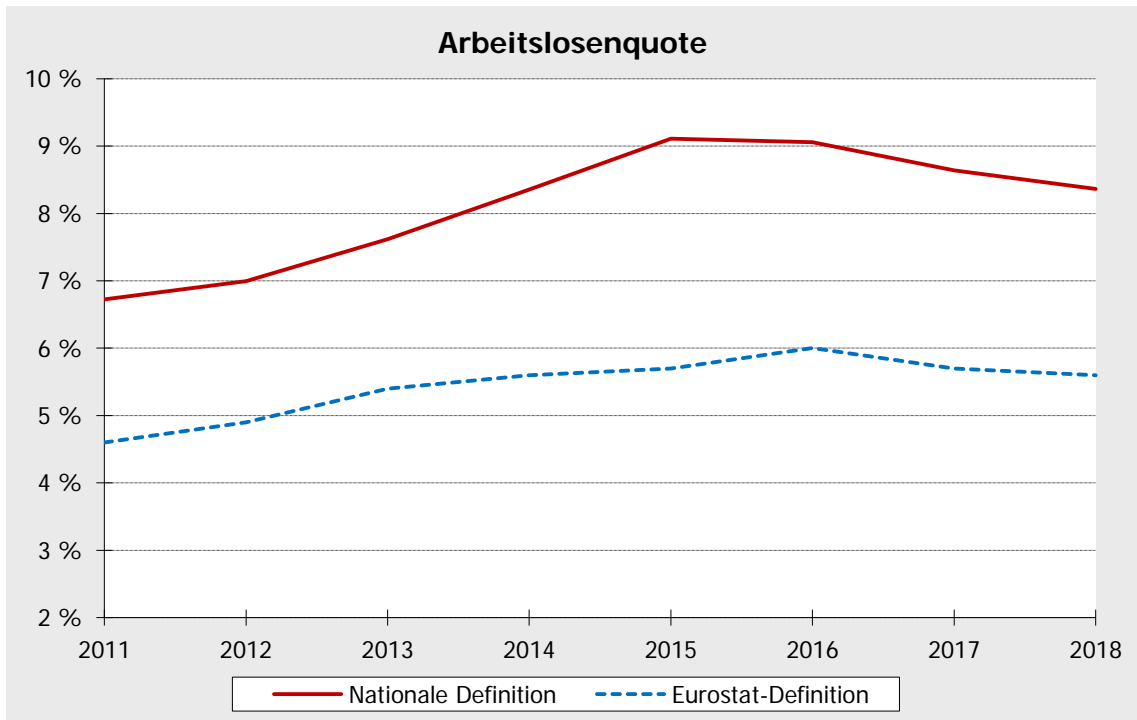
Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

<sup>\*)</sup> absolute Werte

**WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1**

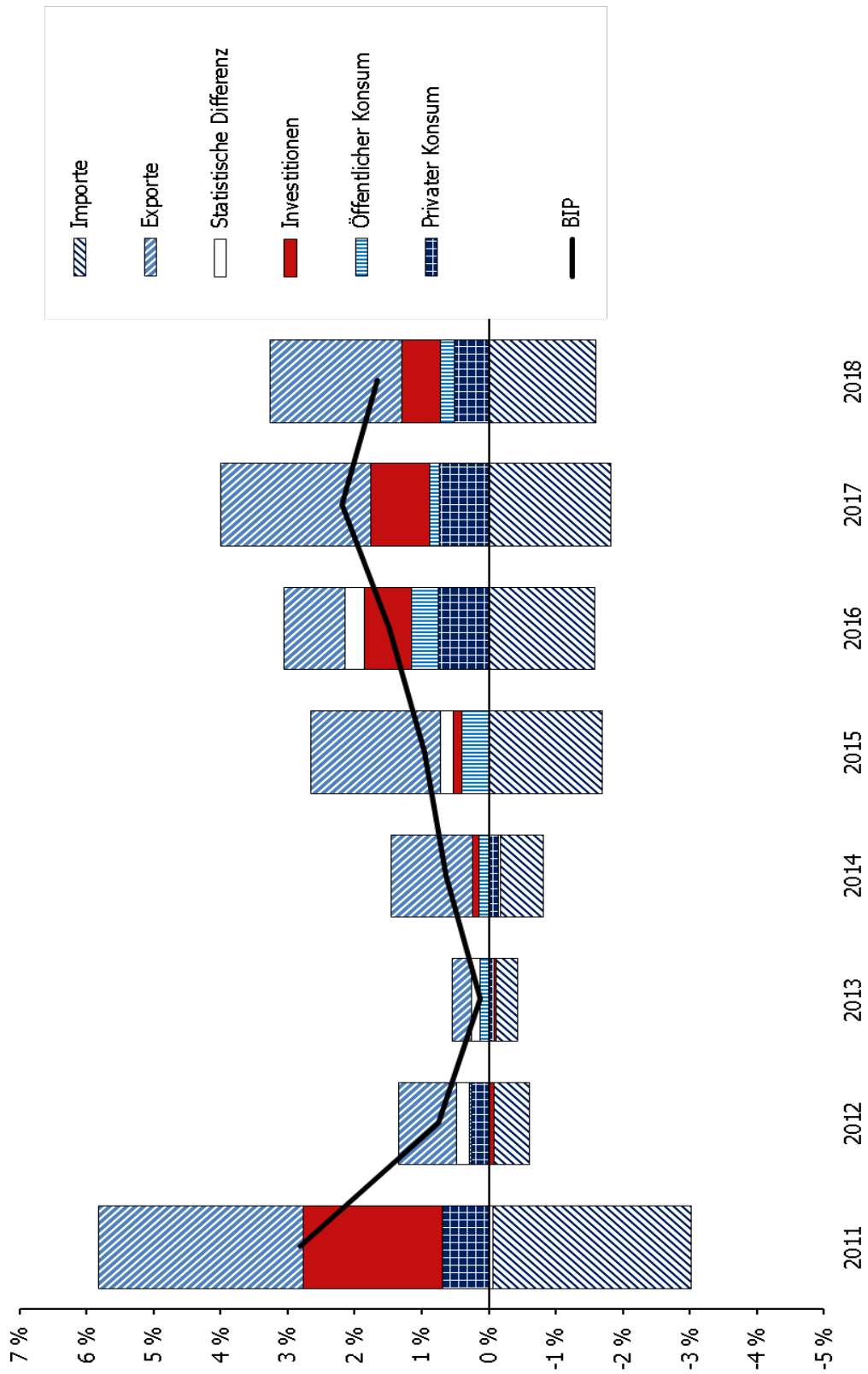


**WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2**



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3

Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



## 2. Die internationale Konjunktur

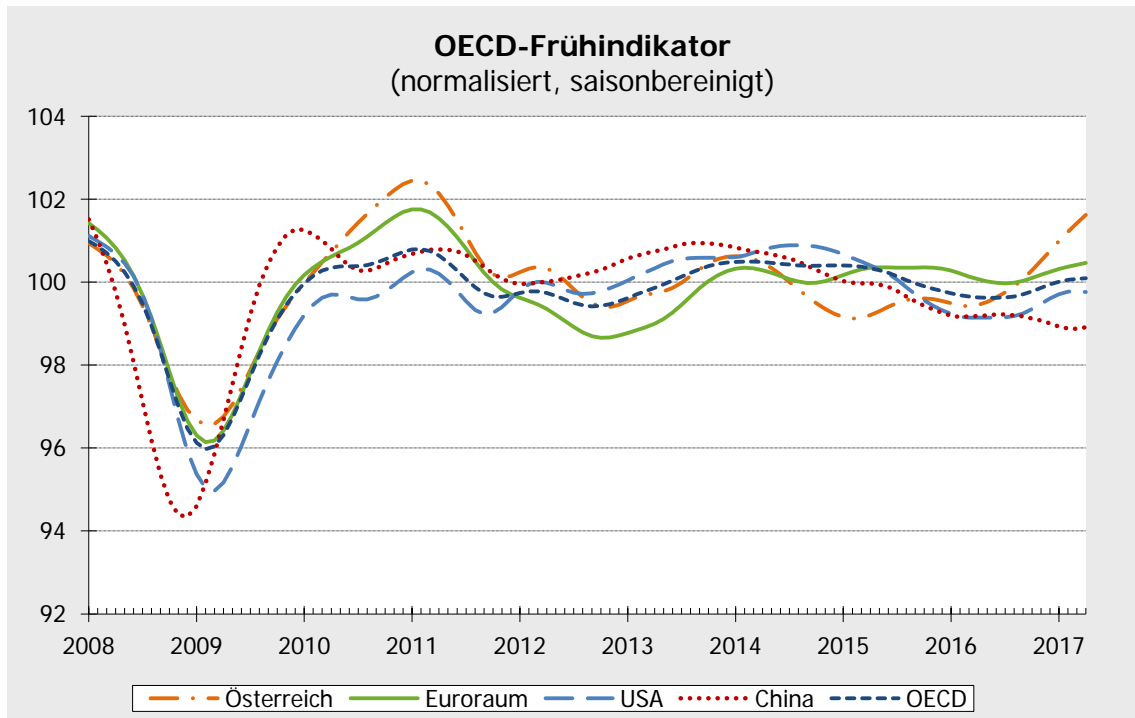
### 2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die **Weltwirtschaft** sollte 2017 stärker als in den vergangenen zwei Jahren wachsen. Bereits im Schlussquartal 2016 begann sich die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie zu verbessern. Diese Entwicklung dürfte 2017 anhalten und den globalen Handel stärken. Die Konjunktur zieht in nahezu allen Weltregionen an. Innerhalb der Industrieländer bleibt das Wirtschaftswachstum in Europa robust. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte sich auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern festigen, vor allem in jenen Ländern, die von steigenden Rohstoffpreisen profitieren. Impulse werden auch vom Ende der Rezession in Brasilien und Russland erwartet. Die anziehende Inflation mindert hingegen die Kaufkraft der privaten Haushalte.

Im Jahr 2018 wird sich die hohe Wachstumsdynamik in der Weltwirtschaft wohl fortsetzen. Der Inflationsdruck könnte nachlassen, weil sich die Rohstoffpreise stabilisieren werden. Die Investitionstätigkeit wird voraussichtlich anziehen. IWF und OECD fordern die Länder weiterhin zu wachstumsfördernden Maßnahmen auf (wie Investitionen in die Infrastruktur, Steigerung der Erwerbsquote, Abbau von Hemmnissen für Unternehmen, Senkung der öffentlichen Neuverschuldung). Das Institut erwartet, dass weltweit gesehen von der Geld- und Fiskalpolitik eher belebende Impulse ausgehen werden, in den USA wird hingegen die Geldpolitik weiter gestrafft.

Insgesamt gesehen scheinen die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur in den letzten Monaten eher gesunken zu sein. Weiterhin besteht große Unsicherheit über die künftige Ausrichtung der Wirtschaftspolitik (z.B. Stabilitätsorientierung der amerikanischen Fiskalpolitik, Folgen des Brexit). Die Volatilität an den Finanzmärkten, die oft als Indikator für wirtschaftliche Unsicherheit herangezogen wird, ist hingegen momentan gering und die Befürchtungen hinsichtlich einer stärker protektionistischen Ausrichtung der US-Handelspolitik haben in den letzten Monaten eher abgenommen. Der beginnende Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte aber zu Spannungen auf den Finanzmärkten führen, insbesondere in den Schwellenländern. Es ist jedoch zu beachten, dass mit der Dauer der äußerst expansiven Geldpolitik das Risiko von Fehlallokationen aufgrund verzerrter Preise, etwa am Immobilienmarkt, merklich zunimmt. Mittelfristig bleiben wohl die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU das größte Konjunkturrisiko für Europa. Es bestehen aber auch Aufwärtsrisiken. So könnte etwa eine stärkere Expansion der US-Wirtschaft die globale Nachfrage erhöhen.

Die Konjunkturindikatoren für die Weltwirtschaft befinden sich derzeit auf hohem Niveau. Der von der WTO veröffentlichte *World Trade Outlook Indicator* liegt seit Jahresbeginn knapp über seinem mittelfristigen Durchschnittswert. Den Berechnungen zufolge verstärkte sich im zweiten Quartal die Dynamik im globalen Handel leicht, insbesondere die Auftragslage. Das ifo Weltwirtschaftsklima für das zweite Quartal verbesserte sich merklich. Wichtigster Treiber dafür waren die fortgeschrittenen Volkswirtschaften und hier insbesondere die Europäische Union. Vorlaufende Indikatoren, die die Stimmung in den Unternehmen reflektieren, etwa der *JPMorgan Global Manufacturing & Services Purchasing Managers Index* für die Weltwirtschaft, deuten darauf hin, dass die Wachstumsdynamik in der Weltwirtschaft weiterhin hoch bleibt. Gemäß dem OECD-Frühindikator wird sich der Aufschwung im Euroraum fortsetzen.



Quelle: OECD, Thomson Reuters Datastream

Zu Jahresbeginn begannen die Rohstoffpreise (ohne Energie) zu steigen. Im Mai lagen sie laut *S&P Non-Energy Index* um 2.7 % über ihrem Vorjahreswert. Der Ölpreis für die Sorte Brent betrug 51.4 US-Dollar und lag damit um 7.6 % über seinem Vorjahreswert. Die Rohölpreise dürften jedoch in der zweiten Jahreshälfte nicht merklich steigen. Nach 45 US-Dollar pro Fass im Jahresdurchschnitt 2016 wird in dieser Prognose für die Jahre 2017 und 2018 ein Ölpreis von 52 bzw. 53 US-Dollar unterstellt. Nach 1.11 USD/EUR im Jahresdurchschnitt 2016 wird für 2017 und 2018 ein Wechselkurs von jeweils 1.10 USD/EUR erwartet.

Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte sich 2017 auf 3.5 % und 2018 auf 3.6 % beschleunigen. Auch im Welthandel nimmt die Dynamik zu. Für die Jahre 2017 und 2018 werden Wachstumsraten von 4.3 % bzw. 4.0 % erwartet. In den OECD-Ländern könnte sich das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2017 und 2018 auf jeweils 2.2 % beschleunigen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion in der EU sollte in den Jahren 2017 und 2018 um 2.0 % bzw. 1.9 % steigen.

Die *Asian Development Bank* erwartet für Asien (ohne Japan) in den Jahren 2017 und 2018 ein Wirtschaftswachstum von jeweils 5.7 %. Laut Einschätzung des Instituts dürfte Indien unter den großen Ökonomien mit 7.2 % bzw. 7.4 % das stärkste Wirtschaftswachstum aufweisen. Für China wird eine weitere Wachstumsabschwächung auf 6.5 % bzw. 6.2 % erwartet. Im Jahr 2017 dürfte Lateinamerika mit 1.2 % ein positives Wirtschaftswachstum aufweisen, das sich 2018 auf 2.1 % beschleunigen könnte. Brasilien, die größte Volkswirtschaft Lateinamerikas, hat die zwei Jahre andauernde Rezession hinter sich gelassen. Das Institut unterstellt für die Jahre 2017 und 2018 ein Wirtschaftswachstum von 0.5 % bzw. 1.6 %. Reformen und die steigenden Rohstoffpreise sollten den Aufschwung stützen.

Im **Euroraum** wird das Wirtschaftswachstum 2017 voraussichtlich 1.9 % betragen. Die stärkere Dynamik im Welthandel und das Abklingen der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern begünstigen die Exporte. Die Unternehmen profitieren auch von der soliden Binnennachfrage. Insgesamt wird dadurch die Investitionsbereitschaft begünstigt. Von der guten Arbeitsmarktlage gehen positive Impulse auf den privaten Konsum aus. Wegen der höheren Inflation dürften die Realeinkommen der Haushalte aber nicht mehr so stark steigen. Der Zuwachs in der Konsumnachfrage verringert sich daher etwas. Die Geldpolitik der EZB bleibt expansiv ausgerichtet. Seit dem Jahresbeginn steigt die Kreditvergabe an den Nicht-Bankensektor, gestützt durch die Erwartung weiterhin niedriger Zinsen. Im Jahr 2018 dürfte im Euroraum das Wirtschaftswachstum 1.8 % ausmachen. Die Exportdynamik bleibt hoch. Der Brexit stellt jedoch ein Risiko für die Entwicklung in der exportorientierten Wirtschaft des Euroraums dar. Fortschritte beim Schuldenabbau und die anhaltende Erholung am Arbeitsmarkt dürften die Binnennachfrage begünstigen. Ende 2018 könnten die Zinsen zu steigen beginnen.

### Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum (in Prozent)

	2016	2017	2018
BIP-Wachstum	1.8	1.9	1.8
Arbeitslosenquote	10.0	9.3	8.9
Inflation HVPI	0.2	1.6	1.6

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Das BIP des Euroraums stieg im ersten Quartal 2017 zum Vorquartal um 0.6 % und gegenüber dem Vorjahresquartal um 1.9 %. Im zweiten Quartal dürfte das Wirtschaftswachstum robust geblieben sein. Die Unternehmen erhöhten ihre Produktion und die Baukonjunktur verstärkte sich. Die Inflationsrate fiel im Mai auf ein Jahrestief von 1.4 %. Die Abschwächung der Teuerung erfolgte aufgrund des Auslaufens des Energiepreiseffekts. Dabei verzeichneten Irland (0.0 %) und die Niederlande (0.7 %) den niedrigsten Anstieg der Verbraucherpreise. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Estland (3.5 %) und Lettland (3.2 %) am stärksten. Die Lage am Arbeitsmarkt verbesserte sich weiter. Im April betrug die Arbeitslosenquote 9.3 %. Die höchste Arbeitslosigkeit gab es in Griechenland mit 23.2 % (Wert vom Februar). Die niedrigste Quote wies Deutschland mit 3.9 % auf.

Die Stimmungsindikatoren bleiben positiv ausgerichtet und befinden sich derzeit auf hohem Niveau. Die Unternehmen profitieren von einer kräftigen Binnennachfrage und von anziehenden Exporten. Das ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum hat sich im zweiten Quartal deutlich verbessert. Unter den großen Volkswirtschaften im Euroraum herrscht das beste Wirtschaftsklima in den Niederlanden, Deutschland, Österreich und Belgien. In Frankreich und Italien dürfte eine nachhaltige Erholung weiter auf sich warten lassen. Wegen einer leichten Abschwächung im Dienstleistungssektor gaben im aktuellen Monat der *Markit Eurozone Composite Index* und der *Economic Sentiment Indicator* (ESI) der Europäischen Kommission etwas nach. In der Güterverarbeitenden Industrie sowie im Bausektor blieb die Stimmung unverändert gut. Auch die EZB rechnet mit einem anhaltenden Konjunkturaufschwung im Euroraum, der von der Geldpolitik gestützt wird. Die Unternehmensinvestitionen dürften daher auch in näherer Zukunft steigen.



Dämpfend wirken allerdings in einigen Ländern die schlechte Ertragslage der Banken und der immer noch hohe Bestand an faulen Krediten, was die Kreditvergabe beeinträchtigen könnte.

## 2.2 Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** wird 2017 voraussichtlich um 2.2 % wachsen. Nach einer schwachen Entwicklung zu Jahresbeginn dürfte die Konjunktur im Jahresverlauf an Fahrt aufnehmen. Heuer sollten die Investitionen anziehen und sich die Exporte dynamischer als im Vorjahr entwickeln. Die Nachfrage der privaten Haushalte bleibt robust. Wegen der Energiepreisentwicklung steigt die Inflation auf knapp 2 %. Steigende Arbeitnehmerentgelte sollten jedoch die inflationsbedingten Realeinkommensverluste abfedern. Der Anhebung der Zinsen im Dezember 2016 sind im März und Juni weitere Zinsschritte gefolgt. Somit liegt das Zielband derzeit bei 1.00 % bis 1.25 %. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum 2.4 % betragen. Angesichts der guten Arbeitsmarktlage wird der private Konsum robust bleiben, die Investitionstätigkeit könnte sich wegen steigender Zinsen abschwächen. Konjunkturelle Impulse könnten auch von Steuersenkungen, Deregulierungen und einem höheren Staatskonsum ausgehen. Die negativen Folgen des Brexit für die US-Wirtschaft werden von der US-Notenbank Fed als gering eingeschätzt.

Das BIP der USA stieg im ersten Quartal 2017 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal legte es um 2.0 % zu. Der private Konsum schwächte sich deutlich ab und die Staatsausgaben sind gesunken. Hingegen zogen die Ausrüstungsinvestitionen an und bei den Bauinvestitionen erhöhte sich die Dynamik. Von der Außenwirtschaft ging kein Wachstumsbeitrag aus. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur verstärkt haben. Die Industrieproduktion legte im April und Mai zu. Mit 4.3 % lag die Arbeitslosenquote im Mai auf einem Neun-Jahres-Tief, und mit einer Inflationsrate von 1.9 % schwächte sich der Preisdruck ab. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass sich die Dynamik in der Güterverarbeitenden Industrie etwas verlangsamen könnte.

Der *Markit Composite Purchasing Managers Index* schwächte sich, nach seinem Höchststand im Jänner, im Juni weiter ab. Die Indexentwicklung für die ersten sechs Monate liegt aber noch immer deutlich über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Auch der vom *Institute for Supply Management* erstellte Index signalisiert keine Wachstumsbeschleunigung. Der Anstieg des *Conference Board Leading Economic Index* im Mai geht auf eine Verbesserung aller Subaggregate zurück, ausgenommen davon sind die Baugenehmigungen im privaten Wohnbau und die Industrieproduktion.

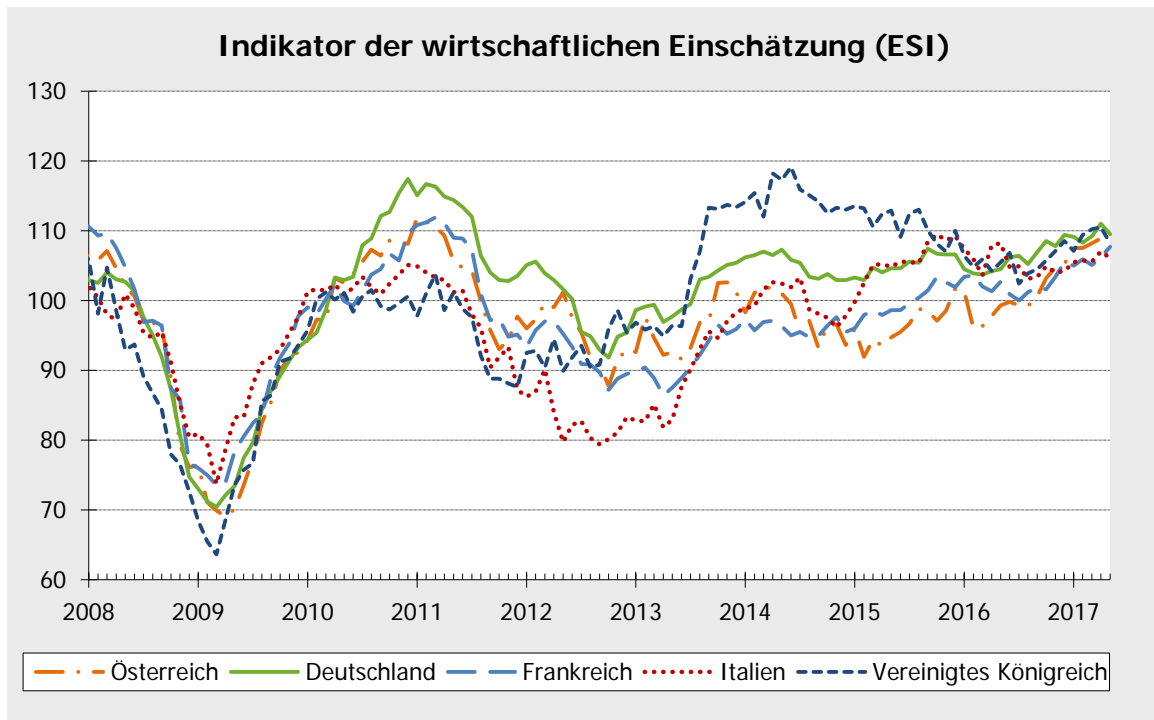
In **Japan** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.3 % wachsen. Deutlich besser als im Vorjahr dürfte sich die Nachfrage der privaten Haushalte entwickeln. Auch die Investitionen in Ausrüstungsgüter verstärken sich. Im laufenden Jahr belebt sich somit die Inlandsnachfrage. Mit der Yen-Abwertung Ende 2016 und dem globalen Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie sollten sich 2017 die Exporte deutlich verstärken. Die Verbraucherpreise sinken nicht mehr. Wegen der alternden Bevölkerung nimmt der Arbeitskräftemangel zu. Trotz einer guten konjunkturellen Entwicklung entschied die Bank von Japan im Juni, ihre ultra-lockere Geldpolitik fortzusetzen. Dies soll dazu beitragen, die Kreditvergabe anzukurbeln und so für Preisaufrtrieb zu sorgen. Die Notenbank erwartet dadurch auch eine stetige wirtschaftliche Erholung, die die Inflationsrate in Richtung des Ziels von 2 % treiben sollte. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 1.1 % ausmachen. Die expansive Geldpolitik dürfte die Konjunktur weiterhin

stützen. Wachstumsimpulse werden von der Inlandskonjunktur ausgehen. Auch die Auslandsnachfrage dürfte robust bleiben.

Das japanische BIP wuchs im ersten Quartal 2017 zum Vorquartal um 0.3 %, gegenüber dem Vorjahresquartal stieg es um 1.3 %. Der private Konsum verstärkte sich und auch die Investitionen wurden ausgeweitet. Die höchste Dynamik wiesen die Exporte auf. Im zweiten Quartal dürfte sich die konjunkturelle Entwicklung verstärkt haben. Im April stiegen die Einzelhandelsumsätze und in der Güterproduktion verbesserte sich die Konjunktur. Die Verbraucherpreise steigen seit Oktober. Im April betrug die Jahresinflation 0.4 %. Vorlaufende Indikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur auch in den kommenden Monaten belebt bleibt. Der *Nikkei Composite Output Index* liegt seit dem vergangenen Oktober im Wachstumsbereich und weist seit damals eine aufsteigende Tendenz auf mit einem Höchststand im Mai. Während sich die Dynamik im Dienstleistungssektor verstärkte, verzeichnete der Index für die Güterverarbeitende Industrie eine Seitwärtsbewegung.

In der **Volksrepublik China** wird 2017 das Wirtschaftswachstum voraussichtlich 6.5 % betragen. Die kontinuierliche Abschwächung geht auf die Umsetzung des Reformprozesses zurück. Kernpunkt ist die angestrebte Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells, weg von einer export- und investitionsgetriebenen Entwicklung hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft. Die Reformen umfassen den Abbau von Überkapazitäten in der Industrie, Strukturveränderungen im Bankenwesen und einen Schuldenabbau in der Privatwirtschaft sowie im öffentlichen Sektor. Höhere Finanzierungskosten sollten einer Überschuldung der Wirtschaft entgegenwirken. Im laufenden Jahr wird sich daher die Inlandsnachfrage abschwächen. Die Investitionstätigkeit könnte wegen der steigenden Zinsen etwas an Dynamik verlieren. Ein Aufschwung setzt jedoch bei den Exporten ein. Die Währungsabwertung im Vorjahr gegenüber dem US-Dollar und die konjunkturelle Aufhellung der Weltwirtschaft sollten das Exportwachstum im laufenden Jahr antreiben. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum auf 6.2 % zurückgehen. Steuersenkungen sollten das Einkommen erhöhen. Der private Konsum und die Investitionstätigkeit dürften belebt bleiben. Der Zuwachs bei den öffentlichen Ausgaben wird sich voraussichtlich verringern. Der Überschuss in der Außenwirtschaft könnte wegen der leichten Abschwächung des globalen Handels und der Wechselkursentwicklung sinken. Die Inflation wird anziehen, jedoch das Ziel der *Peoples Bank of China* von 3 % voraussichtlich nicht überschreiten.

Das chinesische BIP wuchs im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorjahresquartal um 6.9 %. Das Wachstum beschleunigte sich zum Vorquartal geringfügig und war das stärkste seit dem dritten Quartal 2015. Die wesentlichen Impulse gingen von den staatlichen Investitionen in Infrastruktur und in den Hochbau aus. Im zweiten Quartal dürfte sich die Konjunktur etwas abgeschwächt haben. Im April und Mai schwächte sich die Industrieproduktion ab. Mit 1.5 % lag die Inflation im Mai unter dem Jahresdurchschnitt von 2016. Die höheren Finanzierungskosten und der steigende Kostendruck in der Industrie könnten in den kommenden Monaten zu einer weiteren konjunkturellen Abschwächung führen. Der *Caixin China Composite Index*, der Ende 2016 auf den höchsten Stand seit dreieinhalb Jahren gestiegen war, sinkt seit Februar. Der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie rutschte im Mai unter die Wachstumsschwelle von 50 Punkten, weil die Aufträge aus dem Ausland zurückgegangen sind.



Quelle: Europäische Kommission, Thomson Reuters Datastream

In **Deutschland** wird das Wirtschaftswachstum im Jahr 2017 voraussichtlich 1.7 % betragen. Zu Jahresbeginn profitiert die Wirtschaft von der Belebung der Weltkonjunktur, dem Bauboom und einer robusten Konsumnachfrage. Der private Konsum sollte sich jedoch im Jahresverlauf abschwächen. Die günstige Arbeitsmarktlage wird zwar weiterhin den privaten Konsum stützen, wegen der anziehenden Inflation dürfte das verfügbare Einkommen der Haushalte aber nicht mehr so stark steigen. Niedrige Hypothekenzinsen sorgen dafür, dass der private Wohnbau weiter zulegen wird. Durch das Abklingen der wirtschaftlichen Probleme in den Schwellenländern wie Brasilien und Russland verstärkt sich die Auslandsnachfrage und aufgrund der besseren Wirtschaftslage in den Nachbarländern steigt auch die Nachfrage aus dem Euroraum. Die Inflation schwächt sich in der zweiten Jahreshälfte wieder ab. Die Arbeitslosenquote könnte wegen der vergangenen Flüchtlingszuwanderung nur noch geringfügig sinken. Im Jahr 2018 dürfte das Wirtschaftswachstum 1.8 % betragen. Der private und der öffentliche Konsum dürften im Tempo des Vorjahres ausgeweitet werden. Der Baubranche kommen Sondereffekte zugute: Der akute Bedarf an zusätzlichem Wohnraum und anziehende Investitionen der öffentlichen Hand. Der Überschuss in der Außenbilanz wird sich etwas erhöhen. Risiken für die Wirtschaftsentwicklung gehen von der Verunsicherung durch den Brexit und der potenziellen protektionistischen Handelspolitik der USA aus.

Das deutsche BIP stieg im ersten Quartal 2017 gegenüber dem Vorquartal um 0.6 %, im Vorjahresvergleich legte es um 1.7 % zu. Der private und der öffentliche Konsum verstärkten sich. Einen hohen Zuwachs wiesen die Bauinvestitionen auf und nach drei Rückgängen in Folge begannen die Ausrüstungsinvestitionen zu steigen. Die solide Auftrags- und Umsatzentwicklung in der Industrie und im Baugewerbe sowie die guten Einkommens- und Arbeitsmarktperspektiven der privaten Haushalte deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs im zweiten Quartal hin. Die Industrieproduktion verstärkte sich im April. Im Mai ging die Inflation wegen der abebbenden

Teuerung von Energieprodukten auf 1.4 % zurück. Die deutsche Wirtschaft bleibt auf einem soliden Wachstumskurs.

Der Markt Einkaufsmanagerindex schnellte im Mai auf den höchsten Stand seit 2014. Im Juni gab er jedoch etwas nach, was auf eine Abschwächung der Wachstumsdynamik im Dienstleistungssektor zurückgeht. Besonders kräftig entwickelte sich weiterhin der Teilindex für die Güterverarbeitende Industrie. Der ifo Geschäftsklimaindex setzte seine Aufwärtsentwicklung fort und stieg im Juni auf einen historischen Höchststand. Sowohl die Einschätzung der Geschäftslage als auch die Erwartungen verbesserten sich weiter. Die ZEW-Konjunkturerwartungen bleiben nach wie vor günstig. Dies liegt nicht zuletzt an der positiven Entwicklung des Wachstums in der Europäischen Union. Aus Sicht der Verbraucher läuft der deutsche Konjunkturmotor zunehmend runder. Demnach ist das GfK-Stimmungsbarometer im Mai auf ein neues Zwei-Jahres-Hoch gestiegen. Die Verbraucher sehen die heimische Konjunktur trotz weltwirtschaftlicher Risiken auch in den kommenden Monaten auf Wachstumskurs. Auch die Verunsicherung über den weiteren wirtschaftspolitischen Kurs in den USA und die Brexit-Verhandlungen ändern daran bislang nichts.

In **Italien** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.1 % wachsen. Die wirtschaftliche Erholung des Euroraums und eine expansive Fiskal- und Geldpolitik stützen die Konjunktur. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte sollten zur konjunkturellen Entwicklung beitragen, der Zuwachs dürfte jedoch schwächer als in den vergangenen zwei Jahren ausfallen. Im diesem Jahr dämpfen die steigenden Verbraucherpreise die Kaufkraft der Haushalte. Die Investitionstätigkeit entwickelt sich trotz stützender öffentlicher Maßnahmen nur verhalten. Sie wird unter anderem durch die hohe Verschuldung und die ungelösten Probleme im Bankensektor, die die Kreditvergabe zusätzlich erschweren, gehemmt. Die verbesserte Dynamik im globalen Handel belebt jedoch die Exporte. Wegen der anziehenden Importe wird auch im laufenden Jahr von der Außenwirtschaft kein positiver Impuls auf das Wirtschaftswachstum ausgehen. Im Jahr 2018 dürfte das BIP-Wachstum 1.0 % ausmachen. Die Exportdynamik wird sich erhöhen, wegen der schwachen Inlandsnachfrage wird sich das Importwachstum abschwächen. Im nächsten Jahr dürften daher die Nettoexporte das Wirtschaftswachstum stützen.

Im ersten Quartal 2017 wuchs das italienische BIP gegenüber dem Vorquartal um 0.4 %, gegenüber dem Vorjahresquartal nahm es um 1.2 % zu. Getragen wurde das Wachstum vor allem von kauffreudigen Verbrauchern, während die Investitionen und die Außenwirtschaft bremsen. Im zweiten Quartal dürfte die verhaltene Konsumnachfrage die Konjunktur dämpfen. Im Mai ging die Inflation auf 1.6 % zurück. Die Arbeitslosenquote ist im April auf 11.1 % gesunken. Die Signale für die konjunkturelle Entwicklung in den kommenden Monaten sind gemischt. In der Industrie bleiben die Erwartungen hoch, das Verbrauchervertrauen trübt sich hingegen ein. Seit Ende 2016 steigt der Markt Einkaufsmanagerindex, was vor allem auf eine Stimmungsverbesserung in der Güterverarbeitenden Industrie zurückgeht. Im April erzielte der Gesamtindex einen Höchststand, gefolgt von einer leichten Eintrübung im Mai. Auch das Konsumentenvertrauen verschlechterte sich im Mai, laut Istat auf den tiefsten Stand seit Jänner 2015.

In **Frankreich** wird das Wirtschaftswachstum 2017 voraussichtlich 1.4 % betragen. Die Inlandsnachfrage verstärkt sich im Vergleich zum Vorjahr und bildet die treibende konjunkturelle Kraft. Nach einer Schwächephase zu Jahresbeginn wird sich der private Konsum im Jahresverlauf verstärken. Die abschwächende Teuerung sollte diese Entwicklung stützen. Wegen

Sondermaßnahmen der Regierung, die 2016 in Kraft traten, legen die Ausrüstungsinvestitionen in diesem Jahr zu. Mit dem Anziehen der globalen Nachfrage sollten sich auch die Exporte im Jahresverlauf verstärken. Aufgrund des höheren Importwachstums verschlechtert sich aber der Außenbeitrag. Der Arbeitsmarkt stabilisiert sich. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum erneut 1.4 % betragen. Das Expansionstempo des privaten und des öffentlichen Konsums wird beibehalten. Auch dürften die Ausrüstungsinvestitionen dynamisch bleiben. Die Bauinvestitionen werden hingegen etwas nachgeben. Eine deutlich stärkere Dynamik als im laufenden Jahr dürften die Exporte aufweisen.

Das französische BIP stieg im ersten Quartal 2017 im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 %, zum Vorjahr legte es um 1.0 % zu. Getragen wurde das Wachstum in erster Linie von den Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Dagegen verhinderten sinkende Exporte und ein nahezu stagnierender Konsum ein besseres Ergebnis. Der private Konsum dürfte im zweiten Quartal stärker gewachsen sein. Die Arbeitslosenquote blieb im April mit 9.5 % zum Vormonat unverändert und die Inflation schwächte sich im Mai auf 0.9 % ab. Für die kommenden Monate bleiben die Konjunkturerwartungen aufwärts gerichtet. Nach der Präsidentenwahl hat sich die Stimmung in der französischen Wirtschaft deutlich verbessert. Im Juni stieg das Insee Barometer auf den höchsten Wert seit Juli 2011. Auch der Markit Einkaufsmanagerindex kletterte im Mai auf einen Höchststand. Der Indexrückgang im Juni geht auf eine Abschwächung im Dienstleistungssektor zurück.

Im **Vereinigten Königreich** wird die Wirtschaft im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.4 % wachsen. Ende 2016 setzte in der Güterverarbeitenden Industrie ein Aufschwung ein, der durch die Währungsabwertung nach der Brexit-Entscheidung gestützt wurde. Aufgrund der Abwertung des Pfund verteuern sich die Importe. Die Produktionskosten steigen dadurch und dämpfen die Investitionsbereitschaft in der Industrie. Die Nachfrage der privaten Haushalte sollte sich wegen der stark anziehenden Inflation und einer niedrigeren Steigerungsrate bei den Arbeitnehmerentgelten abschwächen. Trotz einer Jahresinflation von knapp 3 % beließ die *Bank of England* im Juni den historisch niedrigen Zinssatz unverändert. Im Jahr 2018 wird das Wirtschaftswachstum mit 1.2 % moderat bleiben. Die Unsicherheiten in Bezug auf den Brexit sollten die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten. Die Nachfrage der privaten Haushalte bleibt daher gedämpft. Die Exportnachfrage könnte sich hingegen etwas verstärken. Die Inflation dürfte hoch bleiben. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich ins Stocken geraten. Risiken für die zukünftige Wirtschaftsentwicklung gehen von der Zinsentwicklung und der hohen Verschuldung der Haushalte sowie der Ausgestaltung der neu abzuschließenden Handelsverträge aus.

Die Wirtschaftsleistung des Vereinigten Königreichs nahm im ersten Quartal 2017 zum Vorquartal um 0.2 % und zum Vorjahresquartal um 2.0 % zu. Im vierten Quartal des Vorjahres hatte der Zuwachs gegenüber dem Vorquartal noch 0.7% betragen. Diese Abschwächung könnte auf die Brexit-Entscheidung zurückzuführen sein. Im ersten Quartal schwächte sich der Zuwachs des privaten Konsums merklich ab und die Ausrüstungsinvestitionen gaben zum dritten Mal in Folge nach. Positiv entwickelten sich hingegen die Bauinvestitionen. Sinkende Exporte und steigende Importe verschlechterten den Außenbeitrag. Im zweiten Quartal dürfte die Konjunktur schwach geblieben sein. Dabei dürften die Konsumausgaben kaum gewachsen sein. Im Mai stieg die Inflation auf 2.9 %, den höchsten Stand seit vier Jahren. Wegen der Kostenentwicklung und der politischen Unsicherheit verschlechterte sich auch das Vertrauen in der Industrie. Der *Markit/CIPS UK Manufacturing & Services Index*, der seit Juni 2016 gestiegen war, gab im Mai auf hohem

Niveau nach, was auf eine Abschwächung im Dienstleistungssektor zurückgeht. Die Stimmung im Einzelhandel trübte sich im Mai so stark ein wie seit 2012 nicht mehr, wie aus einer Umfrage des Industrieverbands CBI hervorgeht. Im Mai nahm jedoch die Zahl der Vollzeitstellen zu und auch die Nachfrage nach Teilzeitarbeitskräften verstärkte sich (*Markit Report on Jobs*). Die gedämpfte Stimmung der Verbraucher hellte sich laut GfK dadurch auf, trotz der hohen Inflation, die das Realeinkommen bremst.

Die Wirtschaft der **Schweiz** wird im Jahr 2017 voraussichtlich um 1.5 % wachsen. Nach einer Stagnation in der zweiten Jahreshälfte 2016 verstärkt sich seit Jahresbeginn 2017 die Konjunktur. Etwas besser als im Vorjahr fallen im laufenden Jahr der private Konsum und die Bauinvestitionen aus. Die Ausrüstungsinvestitionen und die Exportnachfrage dürften sich hingegen abschwächen. Aufgrund der regen Konsumnachfrage und der Preissteigerungen für Energie und Nahrungsmittel werden die Verbraucherpreise nicht mehr sinken und am Arbeitsmarkt setzt sich die Erholung fort. Die Geldpolitik der Schweizerischen Nationalbank bleibt weiterhin expansiv. Das Zielband für den Dreimonats-Libor liegt derzeit bei -1.25 % bis -0.25 %. Eine weitere Senkung ist nicht ausgeschlossen. Im Jahr 2018 sollte das Wirtschaftswachstum 1.8 % betragen. Der private Konsum wird robust bleiben. Die Investitionstätigkeit könnte anziehen und die Exporte werden sich verstärken. Damit wird auch die Importtätigkeit steigen. Mit einem merkbaren Preisanstieg ist 2018 nicht zu rechnen. Die Zinsen werden voraussichtlich im negativen Bereich bleiben. Die KOF erwartet, dass vom Brexit weder kurz- noch mittelfristig größere Verwerfungen für die Schweizer Wirtschaft ausgehen werden.

Das BIP der Schweiz wuchs im ersten Quartal 2017 um 0.3 % im Vergleich zum Vorquartal, im Vorjahresvergleich legte es um 0.9 % zu. Nach einem starken Vorquartal expandierten der private und der öffentliche Konsum deutlich schwächer. Die Bau- und die Ausrüstungsinvestitionen, die zuvor noch rückläufig gewesen waren, verzeichneten hingegen einen deutlichen Anstieg. Im zweiten Quartal dürfte die Konjunktur wegen einer stärkeren Exportnachfrage Fahrt aufgenommen haben. Seit Dezember steigen die Preise. Im Mai machte die Jahresinflation 0.5 % aus. Mit einer Arbeitslosenquote von 3.2 % verbesserte sich die Lage am Arbeitsmarkt. Der KOF Geschäftslageindikator für die Privatwirtschaft ist im Mai 2017 leicht gestiegen und legte damit zum fünften Mal in Folge zu. Für die kommenden Monate ist von einer soliden konjunkturellen Entwicklung auszugehen, wenn auch mit weniger Schubkraft als in den vergangenen Monaten. Der *Markit/Credit Suisse Index*, der im März auf den höchsten Stand seit Beginn der Indexermittlung gestiegen war, gab im April und Mai etwas nach. Das KOF Konjunkturbarometer brach nach einer geringen Korrektur nach unten im Mai deutlich ein. Mit einem Stand leicht über dem langfristigen Durchschnitt signalisiert das Barometer für die nähere Zukunft jedoch noch immer solide Wachstumsraten für die Schweizer Wirtschaft nahe am langfristigen Mittelwert.

In den **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten** wird die solide Entwicklung der Inlandsnachfrage die Wirtschaftsdynamik in diesem und im nächsten Jahr tragen. Die expansive Ausrichtung der Geld- und Fiskalpolitik dürfte eine konjunkturunterstützende Wirkung entfalten. Eine abnehmende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und ein anhaltender Fachkräftemangel führen zu Lohnsteigerungen. Allerdings dürften die Realeinkommen aufgrund weiter steigender Inflationsraten infolge der belebten Konjunktur 2017 nur moderat zunehmen. Die expansive Konjunkturdynamik sollte heuer und im nächsten Jahr in den meisten Ländern den weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit fördern. Zudem dürfte die verstärkte Umsetzung der mit EU-

Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben in den nächsten Jahren zusätzliche Konjunkturimpulse auslösen. Die Belebung der Auslandsnachfrage stützt das Exportwachstum. Allerdings dürfte der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum durch die steigenden Importe von Konsum- und Investitionsgütern abnehmen. Alles in allem ist eine durchschnittliche Zunahme des BIP in den MOEL-5 (Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn) um 3.4 % in diesem Jahr und 3.1 % im Jahr 2018 zu erwarten.

In **Ungarn** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 3.8 % gegenüber dem Vorjahr und um 1.3 % gegenüber dem Vorquartal. Das Wachstum wurde von den Investitionen und vom privaten Konsum getragen. Sowohl die Bau- als auch die Ausrüstungsinvestitionen nahmen nach der Kontraktion im Vorjahr stark zu. Die niedrigen Energiepreise, Lohnsteigerungen und Steuersenkungen stützten den privaten Konsum. Trotz steigender Importe trugen die Nettoexporte geringfügig zum BIP-Wachstum bei. Die Inflation beschleunigte sich seit Jahresbeginn und betrug im Mai 2.1 %. Die Beschäftigung erhöhte sich im ersten Quartal kräftig. Die Arbeitslosenquote beträgt seit Dezember 2016 unverändert 4.3 % und liegt damit um 1.3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die guten Arbeitsmarktaussichten und die expansive Fiskal- und Geldpolitik stützen in der Prognoseperiode die Konjunktur. Nach der langsameren Absorption von EU-Fördermitteln im Vorjahr belebte sich heuer die Investitionstätigkeit und wird in der Prognoseperiode zusammen mit dem privaten Konsum das Wachstum tragen. Somit dürfte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3.6 % bzw. 3.4 % zunehmen.

Die Wirtschaft in **Polen** expandierte im ersten Quartal mit 4.2 % zum Vorjahresquartal und mit 1.1 % gegenüber dem Vorquartal äußerst kräftig. Diese Entwicklung ist, nach der schwachen Ausnutzung von EU-Fördermitteln im Vorjahr, auf die starke Dynamik der aus EU-Mitteln kofinanzierten Investitionen zurückzuführen. Gleichzeitig ermöglichten steigende Löhne, Beschäftigung und Sozialtransfers sowie niedrige Zinsen eine starke Zunahme des privaten Konsums. Wegen der kräftigen Importdynamik fiel der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum neutral aus. Die Inflation erhöhte sich und betrug im Mai 1.5 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag im April mit 4.8 % um 1.6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Infolge der starken Inlandsnachfrage, gestützt durch eine dynamische Entwicklung der Investitionstätigkeit und des privaten Konsums, dürfte sich das Wirtschaftswachstum in diesem und im nächsten Jahr auf 3.7 % bzw. 3.2 % beschleunigen.

In **Tschechien** nahm die Wirtschaftsleistung im ersten Quartal um 1.3 % gegenüber dem Vorquartal zu. Im Vorjahresvergleich erhöhte sie sich um 2.9 %. Die Nettoexporte und der private Konsum trugen das Wachstum. Die starke Zunahme der Exporte war auf die gute Entwicklung in der Automobilindustrie zurückzuführen. Infolge steigender Beschäftigung und höherer verfügbarer Einkommen erhöhte sich der private Konsum. Die Investitionen sanken hingegen. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und betrug im April lediglich 3.2 %. Der Anstieg der Lebensmittelpreise trug zur Erhöhung der Inflation auf 2.5 % im Mai bei. In diesem und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung infolge einer allmählichen Belebung der Investitionen und eines anhaltenden Konsumwachstums, gestützt durch weitere Lohnerhöhungen, um jeweils 2.7 % expandieren. Mit der Zunahme der Importe von Investitionsgütern dürfte sich der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum verringern.

Gegenüber dem Vergleichsquartal des Vorjahres erhöhte sich das BIP in der **Slowakei** im ersten Quartal um 3.1 %, gegenüber dem Vorquartal um 0.8 %. Das Wachstum wurde von den Nettoexporten und dem privaten Konsum getragen. Die Investitionen nahmen nur leicht zu. Die Inflationsrate belief sich im Mai auf 1.1 %. Die Arbeitslosenquote sank in den ersten Monaten des Jahres kontinuierlich und betrug im April 8.3 %. Damit lag sie um 1.7 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Mit stark steigender Beschäftigung und zunehmenden Realeinkommen dürfte sich die Expansion der Wirtschaftsaktivität in der Prognoseperiode fortsetzen. Durch geplante ausländische Investitionen in der Automobilindustrie und öffentliche Infrastrukturinvestitionen wird die slowakische Wirtschaft neue Impulse bekommen und in diesem und im nächsten Jahr um 3.2 % bzw. 3.5 % zunehmen.

Im ersten Quartal expandierte die Wirtschaftsleistung in **Slowenien** stark, die Produktion nahm um 1.5 % zum Vorquartal bzw. um 5.0 % im Vorjahresvergleich zu. Die Anlageinvestitionen wiesen den größten Beitrag zum Wachstum auf. Sowohl die Investitionen in Maschinen und Geräte als auch das Volumen der Bauinvestitionen nahmen kräftig zu. Der private und der öffentliche Konsum lieferten ebenfalls positive Beiträge. Im Mai erhöhte sich die Inflationsrate auf 1.5 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und betrug im April 7.5 %. Damit lag sie um 0.8 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Das BIP-Wachstum dürfte heuer und im nächsten Jahr 3.7 % bzw. 3.0 % betragen. Zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne werden die Inlandsnachfrage stützen. Die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften weiter zunehmen und zusammen mit der belebten Auslandsnachfrage das BIP-Wachstum tragen.

In **Rumänien** erhöhte sich das BIP im ersten Quartal um 5.6 % im Vorjahresvergleich bzw. um 1.7 % gegenüber dem Vorquartal. Der private Konsum und der Lageraufbau trugen das Wachstum. Die Investitionen stagnierten. Der Beitrag der Nettoexporte war neutral, da sich der dynamische Konsum in steigenden Importen niederschlug. Die Arbeitslosenquote betrug im April 5.3 % und verringerte sich damit im Jahresabstand um 0.8 Prozentpunkte. Im Mai wurde eine Inflationsrate von 0.5 % verzeichnet. In der Prognoseperiode bleibt die Fiskalpolitik expansiv ausgerichtet. Aufgrund geplanter Steuersenkungen und weiterer Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor dürfte der private Konsum wieder kräftig zunehmen. Die Umsetzung weiterer Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, wird die Konjunktur stützen. Infolgedessen dürfte in diesem und im nächsten Jahr die Wirtschaftsleistung jeweils um 4.0 % expandieren.

Im ersten Quartal blieb das Wachstum in **Bulgarien** mit einer Zunahme um 3.5 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bzw. 0.9 % gegenüber dem Vorquartal dynamisch. Die Expansion wurde vom privaten und öffentlichen Konsum getragen. Die Ausrüstungsinvestitionen waren rückläufig. Infolge stark wachsender Importe leisteten die Nettoexporte einen negativen Wachstumsbeitrag. Die Inflationsrate betrug im Mai 1.4 %. Die Arbeitslosenquote verringerte sich weiter und lag mit 6.4 % im April um 1.6 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung sowie Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode weitere Impulse. Der schwächere Euro, an den der bulgarische Lev gekoppelt ist, dürfte die Exporte stützen. Heuer und im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 3.3 % bzw. 3.0 % zunehmen.

In **Kroatien** beschleunigte sich das Wachstum, das BIP erhöhte sich im ersten Quartal um 3.4 % gegenüber dem Vorjahresquartal und um 0.6 % gegenüber dem Vorquartal. Die Inlandsnachfrage



trug das Wachstum. Die Zunahme der Investitionen beschleunigte sich und der private und der öffentliche Konsum expandierten kräftig. Der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte war dagegen negativ. Im Mai erhöhte sich die Inflationsrate auf 1.0 % und die Arbeitslosenquote verringerte sich auf 11.0 % (-2.7 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich). In der Prognoseperiode sind aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und der infolge von Steuersenkungen steigenden Realeinkommen weitere Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Das BIP dürfte heuer und im nächsten Jahr, gestützt auf eine Belebung der von der EU kofinanzierten Investitionen, um 3.0 % bzw. 2.8 % expandieren.

In **Russland** setzte sich im ersten Quartal die Erholung der Wirtschaftsleistung fort. Das BIP nahm im Vorjahresvergleich infolge einer belebten Export- und Investitionstätigkeit, hauptsächlich im Gas- und Ölsektor, um 0.5 % zu. Die Exporte von Erdöl, Erdölprodukten und Gas erhöhten sich kräftig. Trotz stark steigender Importe von Maschinen, chemischen Produkten und Lebensmitteln stützten die Nettoexporte das BIP-Wachstum. Der private Konsum war hingegen wegen sinkender Realeinkommen rückläufig. Trotz der schwachen Wirtschaftsdynamik blieb die Arbeitslosenquote niedrig und betrug im April 5.3 %. Die Inflation ging infolge einer Aufwertung des Rubel in den ersten Monaten des Jahres weiter zurück und betrug im April 4.0 %.

Die langsame Erholung der Investitions- und der privaten Konsumnachfrage dürfte dazu beitragen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Prognosezeitraum wieder ausgeweitet wird. Der private Konsum wird bei steigenden Löhnen und sinkender Inflation allmählich zunehmen. Die Stabilisierung des Ölpreises und die belebte Auslandsnachfrage dürften einen Zuwachs der Exporte von Erdöl und Erdölprodukten stützen. Da die Geld- und Fiskalpolitik restriktiv bleibt, wird aber nur mit einer langsamen Zunahme der Wirtschaftsdynamik gerechnet. Insgesamt ist für dieses Jahr mit einem Anstieg des BIP um 1.1 % zu rechnen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung um 1.5 % zunehmen.

## Internationale Rahmenbedingungen

### Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2014	2015	2016	2017	2018
Welthandel	2.7	2.0	1.4	4.3	4.0
<b>BIP, real</b>					
Deutschland	1.6	1.7	1.9	1.7	1.8
Italien	0.1	0.8	0.9	1.1	1.0
Frankreich	0.9	1.1	1.2	1.4	1.4
Vereinigtes Königreich	3.1	2.2	1.8	1.4	1.2
Schweiz	2.0	0.8	1.3	1.5	1.8
USA	2.4	2.6	1.6	2.2	2.4
Japan	0.3	1.1	1.0	1.3	1.1
China	7.3	6.9	6.7	6.5	6.2
Polen	3.3	3.8	2.7	3.7	3.2
Slowakei	2.6	3.8	3.3	3.2	3.5
Tschechien	2.7	4.5	2.4	2.7	2.7
Ungarn	4.0	3.1	2.0	3.6	3.4
Slowenien	3.1	2.3	2.5	3.7	3.0
MOEL-5*)	3.1	3.7	2.6	3.4	3.1
Bulgarien	1.3	3.6	3.4	3.3	3.0
Rumänien	3.1	3.9	4.8	4.0	4.0
Kroatien	-0.5	2.2	3.0	3.0	2.8
Russland	0.7	-2.8	-0.2	1.1	1.5
Euroraum	1.2	2.0	1.8	1.9	1.8
NMS-6*)	2.8	3.5	2.9	3.5	3.2
EU-28	1.7	2.2	1.9	2.0	1.9
OECD	2.0	2.2	1.8	2.2	2.2
Welt	3.5	3.4	3.1	3.5	3.6
Österreichische Exportmärkte	3.4	3.5	3.1	4.3	3.8
USD/EUR Wechselkurs**)	1.33	1.11	1.11	1.10	1.10
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	99.3	53.0	45.0	52.0	53.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

\*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

\*\*\*) absolute Werte

### 3. Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** profitiert 2017 von einem besseren internationalen Umfeld, insbesondere von der verstärkten Investitionsgüternachfrage. Der globale Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie stützt die österreichischen Warenexporte, die seit Jahresbeginn einen starken Aufwind erleben. Eine dämpfende Wirkung könnte jedoch von den steigenden Rohstoff- und Vorleistungsgüterpreisen ausgehen.

Die nominellen Warenexporte laut Statistik Austria sind im ersten Quartal 2017 im Jahresvergleich um 10.3 % gestiegen. Die Exporte in den Euroraum legten um 13.2 % zu. Die Exporte in die Länder außerhalb der Währungsunion wuchsen um 7.2 %. Innerhalb der großen Warengruppen wiesen im ersten Quartal die Exporte von chemischen Erzeugnissen mit 26.0 % den stärksten Zuwachs auf. Dieser Wert ist allerdings aufgrund zeitlicher Verschiebungen nach oben verzerrt. Die Exporte von Vorleistungen bzw. von Maschinen und Fahrzeugen stiegen um 8.9 % bzw. 8.4 %. Die Exporte von Fertigwaren fielen hingegen um 0.9 %. Im weiteren Jahresverlauf wird die Wachstumsdynamik robust bleiben. Somit ist für den Jahresdurchschnitt 2017 mit einer nominellen Exportzunahme von 7.0 % zu rechnen. Im Jahr 2018 dürften die Warenexporte um 5.3 % zulegen. Im Jahr 2017 werden die Warenimporte aufgrund der robusten Binnennachfrage und des hohen Importgehalts der kräftig zulegenden Exporte um 5.7 % steigen. Für 2018 wird ein Importwachstum von 4.5 % erwartet.

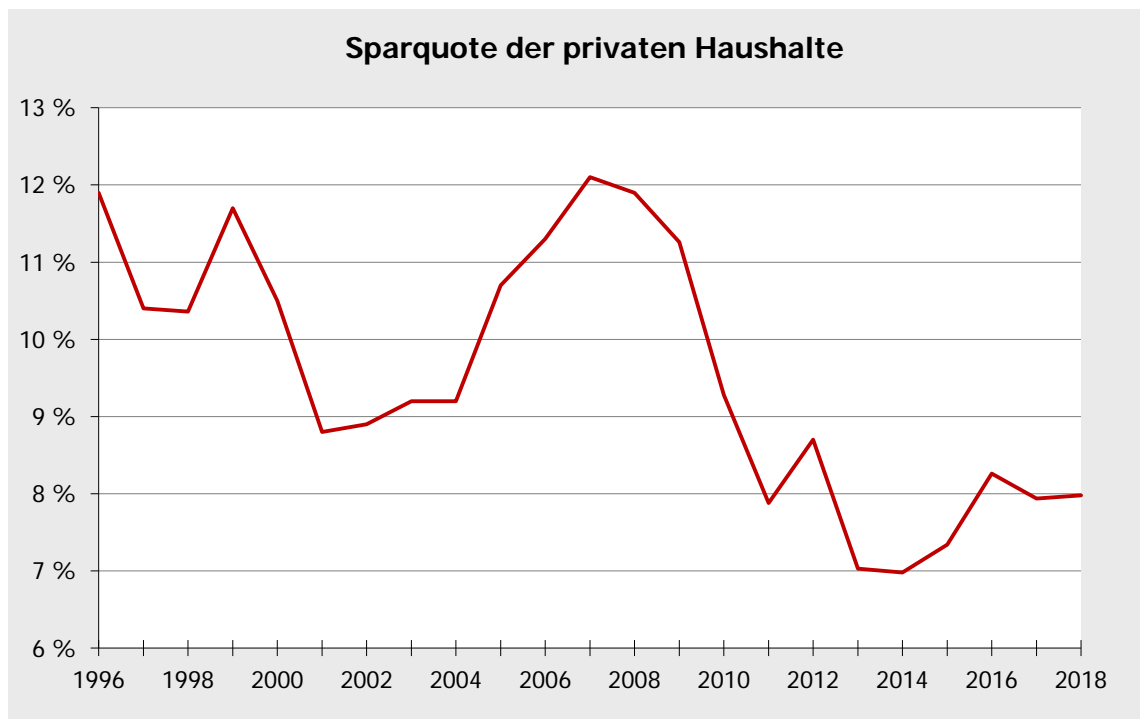
Von Jänner bis April legten die Nächtigungen von Ausländern in Österreich um 1.2 % zu. Die vergleichsweise schwache Entwicklung geht vor allem auf den Rückgang der Nächtigungen von Reisenden aus Deutschland und Italien zurück. Die Nächtigungen von Reisenden aus den USA, aus Osteuropa und Asien verzeichneten hingegen kräftige Zuwächse. Die international gute konjunkturelle Lage dürfte in den kommenden Monaten auf die österreichische Tourismusindustrie einen günstigen Einfluss ausüben. Im Jahr 2017 könnten die nominellen Reiseverkehrsexporte um 2.3 % und im kommenden Jahr um 2.5 % steigen. Für die Reiseverkehrsimporte wird für 2017 und 2018 ein Zuwachs um jeweils 3.0 % erwartet.

Bei den realen Exporten i. w. S. laut VGR wird für das Jahr 2017 mit einer Zunahme um 4.0 % gerechnet. Im Jahr 2018 werden sie um 3.5 % zulegen. Das Wachstum der realen Warenexporte, das 2016 außerordentlich schwach ausfiel, dürfte sich 2017 und 2018 mit 4.9 % bzw. 3.8 % wieder beschleunigen. Aufgrund der regen Inlandsnachfrage dürften die realen Importe i. w. S. laut VGR 2017 um 3.5 % wachsen. Für 2018 wird eine Wachstumsrate von 3.0 % erwartet. Die realen Warenimporte werden um 3.8 % bzw. 3.0 % wachsen.

## 4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Vorjahr hat die Steuerreform in der Haushaltsnachfrage Kräfte freigesetzt, die sich erst im laufenden Jahr voll entfalten. Monatlich erhobene Frühindikatoren, wie etwa die Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen, waren zuletzt ungewohnt stark. Die Konjunkturstatistik aus Handel und Dienstleistungen stützt dieses Bild ebenso. Ein Teil der Einkommenszuwächse des Vorjahres wird also erst heuer nachfragewirksam. Ein optimistisches wirtschaftliches Gesamtklima verstärkt dieses Verhalten.

Der **private Konsum** wird vom Institut im Einklang mit dem Gesamtbild etwas stärker eingeschätzt als zuletzt. Heuer wächst der reale Konsum der privaten Haushalte um solide 1.4 %, womit nochmals die Wachstumsrate des Vorjahres erreicht wird. Demgegenüber vermehren sich die verfügbaren Realeinkommen um 1.1 %, wobei sich vor allem der weniger konsumwirksame Nichtlohnbereich gegenüber der letzten Prognose deutlich verstärkt hat. Daraus ergibt sich ein leichter Rückgang der Sparquote der österreichischen Haushalte auf 7.9 %. Im Jahr 2018 werden sich dann die Realeinkommen nochmals um 1.1 % ausweiten, der Konsum der Haushalte folgt ihnen nahezu proportional, und die Sparquote verharrt auf knapp 8 %.



Die Grafik zeigt die Entwicklung der **Haushaltssparquote** seit 1996. In der Folge der globalen Finanzkrise verabschiedete sich diese Kenngröße vom zweistelligen Bereich und pendelt seit 2011 im Band von 7 bis 9 %. Diese Werte liegen noch immer deutlich über dem Mittelwert der europäischen Volkswirtschaften. Der für eine Steuerreform typische Verlauf mit einem Anstieg im Reformjahr und einem Fallen im Folgejahr, in dem der erhöhte Einkommensspielraum erst so richtig bewusst und wirksam wird, ist auch für 2016 und 2017 gut zu erkennen, er ist aber weit schwächer ausgeprägt als bei früheren vergleichbaren Ereignissen. Die im laufenden Jahr erkennbare Betonung der Nichtlohneinkommen in der Einkommensentwicklung verhindert einen weiteren

Rückgang der Sparquote, da Lohneinkommen stärkere Nachfrageimpulse bewirken. Mit anderen Worten, wären die derzeitigen Einkommenszuwächse vorwiegend im Bereich der Löhne und Gehälter angesiedelt, dann wäre die Konsumwelle beträchtlich und die Haushaltssparquote weit niedriger. Die flache Dynamik der Sparquote spiegelt eine lebhaftere, aber nicht überschwängliche Konsumkonjunktur wider.

Das vergleichsweise kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbsscharakter** ist zuletzt erheblich schneller gewachsen als der private Konsum, und dieses Muster bleibt auch im Prognosezeitraum aufrecht. Für das laufende Jahr weist die Prognose ein kräftiges Wachstum von 2.3 %, für das kommende Jahr ein solches von 1.5 % aus.

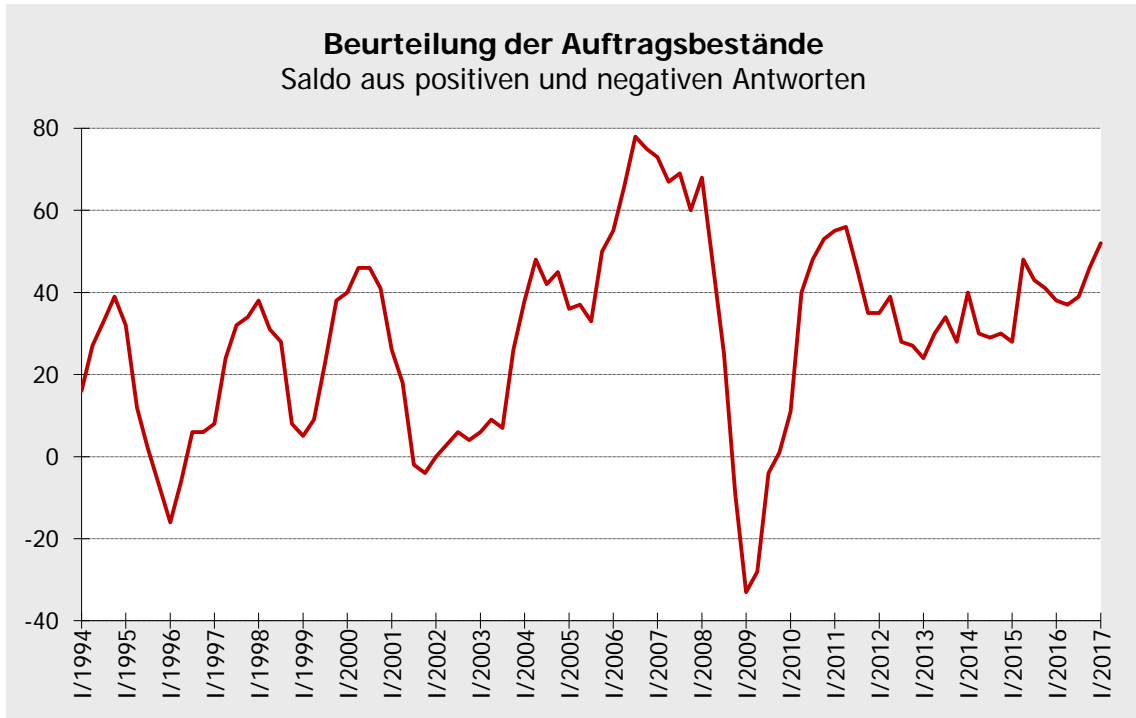
Im vergangenen Jahr wurden die Anlageinvestitionen kräftig ausgeweitet. Wurde das Wachstum zunächst weitgehend von den Fahrzeuginvestitionen getragen, gewannen im Jahresverlauf auch die Investitionen in Maschinen und Geräte sowie die Bauinvestitionen an Schwung. Im ersten Quartal 2017 verstärkte sich die Dynamik noch etwas und die Anlageinvestitionen erreichten das stärkste Wachstum seit Ende 2011.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in geistiges Eigentum und sonstige Anlagegüter) sind im ersten Quartal 2017 im Jahresvergleich um 4.2 % gestiegen. Damit war das Wachstum zwar höher als im ersten Quartal 2016, aber niedriger als in den folgenden drei Quartalen. Weiterhin wurde kräftig in die Anschaffungen neuer Fahrzeuge investiert. Änderungen bei der Besteuerung von Dienstwagen, die im Vorjahr maßgeblich zu einer besonders starken Ausweitung der Fahrzeuginvestitionen beigetragen hatten, beeinflussen diese Investitionen auch noch im heurigen Jahr. Neben den Fahrzeuginvestitionen gewannen im vergangenen Jahr auch die Investitionen in Maschinen und Geräte an Schwung. Sie wurden im dritten und vierten Quartal jeweils um rund 11 % ausgeweitet, aber im ersten Quartal 2017 schwächte sich das Wachstum auf 2.8 % ab. Die Investitionen in geistiges Eigentum wurden zu Jahresbeginn um 4.2 % ausgeweitet. Stärker war die Zunahme zuletzt Ende 2013.

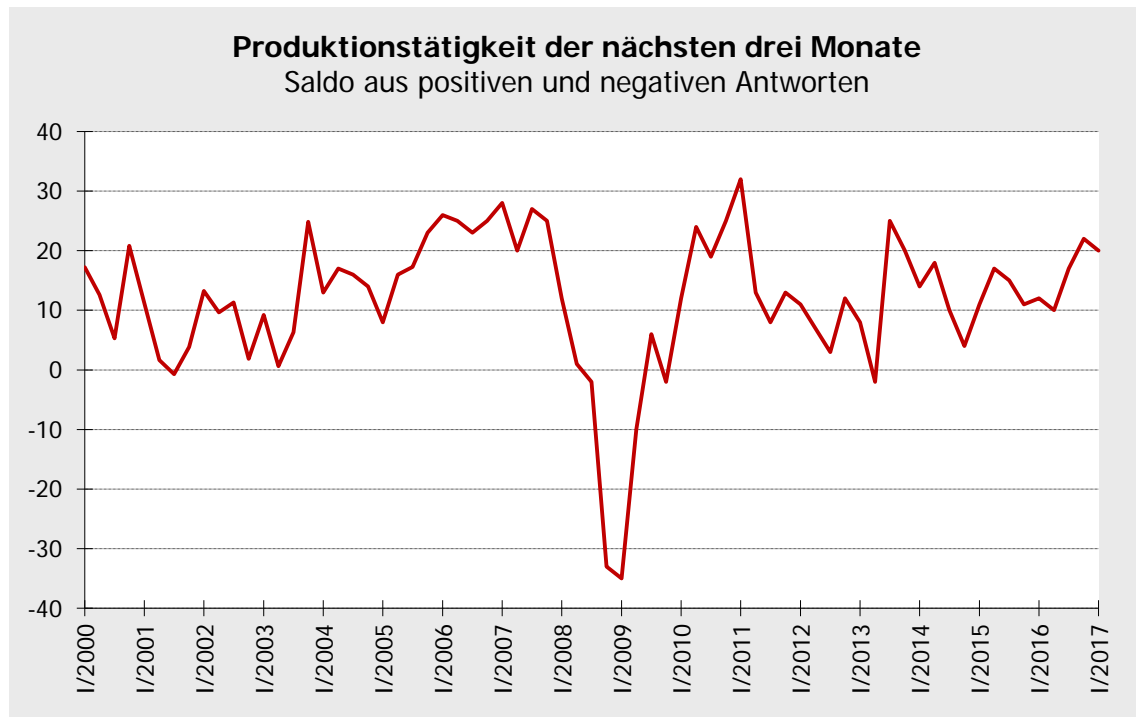
Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit dynamisch bleiben. Die Kapazitätsauslastung in der Industrie ist gemäß einer Umfrage der Europäischen Kommission so hoch wie zuletzt Mitte 2008 und befindet sich deutlich über ihrem langjährigen Durchschnitt. Daher werden zu den Ersatzinvestitionen zunehmend Erweiterungsinvestitionen hinzukommen. Auch die weiteren Indikatoren aus den Umfragen der Europäischen Kommission und von anderen Institutionen, etwa der Industriellenvereinigung, zu den Auftragseingängen und –beständen sowie den Produktionserwartungen lassen eine kräftige Sachkapitalbildung in diesem Jahr erwarten. Gestützt wird die Investitionstätigkeit von den weiterhin niedrigen Zinsen. Im Zuge des Aufschwungs sind zudem steigende Unternehmensgewinne zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2017 dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 4.8 % und damit etwa im gleichen Tempo wie im vergangenen Jahr expandieren. Nach zwei Jahren mit einem starken Wachstum ist für 2018 mit einem Nachlassen der Investitionsdynamik zu rechnen, denn drei aufeinanderfolgende Jahre mit sehr kräftiger Investitionstätigkeit waren zumindest seit 1995 nicht zu beobachten. Zudem dürfte der Höhepunkt des gegenwärtigen Konjunkturzyklus im laufenden Jahr erreicht werden. Für das Jahr 2018 erwartet das Institut daher ein Wachstum der Ausrüstungsinvestitionen um 2.5 %.

Aufgrund des weiteren Rückgangs der internationalen Energie- und Rohstoffpreise ist der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2016 nur um 0.5 % gestiegen. Im Einklang mit

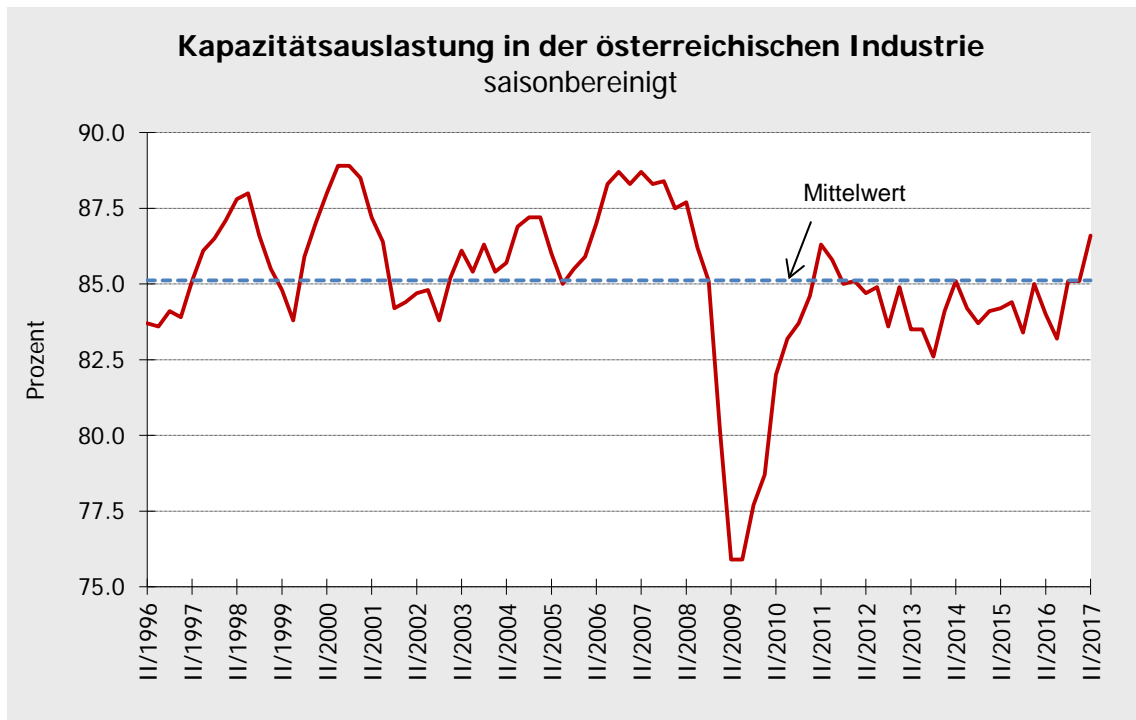
den wieder anziehenden Rohstoffpreisen erhöhte sich der Preisauftrieb zu Beginn des laufenden Jahres leicht auf 0,8 %. Im Einklang mit der Entwicklung der Rohstoffpreise und der kräftig anziehenden Investitionsgüternachfrage dürfte sich der Anstieg des Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen auf jeweils 1,3 % in diesem und im kommenden Jahr beschleunigen.



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Die **realen Bauinvestitionen** verzeichneten im Jahresdurchschnitt 2016 erstmals seit 2012 ein Wachstum. Im ersten Quartal des laufenden Jahres verstärkte sich die Dynamik weiter. Höher war die Zunahme zuletzt Ende 2011. Im Prognosezeitraum sind die Perspektiven für die Bauinvestitionen günstig. Die Zinsen bleiben niedrig. Aufgrund der Zuwanderung und des Trends zu geringeren Familiengrößen wird der Bedarf an Wohnraum weiter steigen. Die Baubewilligungen sind im ersten Halbjahr 2016 kräftig gestiegen. Wenngleich sie im zweiten Halbjahr ihren Stand aus dem vorangegangenen Jahr nicht erreichten, waren sie im Jahresdurchschnitt höher, was die Bautätigkeit in diesem Jahr stützen sollte. Zudem steigen die Immobilienpreise, auch wenn sich der Anstieg zuletzt etwas beruhigt hat. Auch von der Wohnbauinitiative der Bundesregierung sind Impulse zu erwarten, nachdem im Herbst 2016 die zu ihrer Finanzierung erforderliche Wohnbauinvestitionsbank ihren Betrieb aufgenommen hat.

Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten vom allgemeinen Konjunkturaufschwung profitieren. Die sonstigen Bauinvestitionen werden von Investitionen in die Infrastruktur gestützt. Dämpfend auf die öffentlichen Investitionen wirkt aber die weiterhin angespannte Finanzlage vieler Gebietskörperschaften. Insgesamt dürften die Bauinvestitionen im laufenden und im kommenden Jahr jeweils um 1.8 % ausgeweitet werden.

Bereits seit dem ersten Quartal 2016 verstärkt sich der Anstieg der Baupreise und diese Tendenz setzte sich zu Beginn des laufenden Jahres fort. Der Baupreisindex für den Hoch- und Tiefbau insgesamt stieg gegenüber dem Vorjahresquartal um 2.0 %. Im Hochbau betrug der Anstieg 2.3 %, im Tiefbau 1.6 %. Maßgeblich für den verstärkten Preisauftrieb war die Entwicklung der Rohöl- und sonstigen Rohstoffpreise. Der Deflator der Bauinvestitionen stieg im ersten Quartal um 2.0 %, nach 1.6 % im Jahresdurchschnitt 2016. Die Preisentwicklung bei Rohstoffen und anderen Baumaterialien dürfte auch im Prognosezeitraum den Baupreisanstieg bestimmen, während von der Erhöhung der Löhne und Gehälter nur mäßiger Preisdruck ausgehen dürfte. Vor diesem Hintergrund

erwartet das Institut, dass der Preisindex der Bauinvestitionen in den Jahren 2017 und 2018 jeweils um 2.0 % steigen wird.

Aus der Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen folgt für die **Bruttoanlageinvestitionen** ein Anstieg um 3.4 % im heurigen und 2.2 % im kommenden Jahr. Von den Lagerbestandsveränderungen dürfte in beiden Prognosejahren ein geringer positiver Wachstumsbeitrag ausgehen, sodass die gesamten **Bruttoinvestitionen** (Anlageinvestitionen plus Lagerbestandsveränderungen) mit Raten von 3.7 % bzw. 2.4 % etwas stärker als die Anlageinvestitionen steigen dürften.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum zunehmend durch die wieder erstarkte Konjunktur geprägt. Damit reduziert sich das Nachwirken der Steuerreform und die weiterhin notwendigen Konsolidierungsbemühungen der Bundesregierung werden erleichtert. Trotz der fiskalischen Offensiv-Maßnahmen im Zuge des Arbeitspakets der Regierung gelingt daher eine Annäherung an einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt. Das Institut geht dabei von einem strikten Budgetvollzug aus, da der budgetäre Spielraum immer noch gering ist. Damit sollte im Jahr 2017 das Maastricht-Defizit auf 0.8 % zurückgehen. Für 2018 wird eine weitere leichte Reduktion auf 0.7 % erwartet.

Dieser starke Rückgang des Defizits 2017 ist wesentlich durch das Auslaufen der Wirkung der Steuerreform bedingt, wodurch die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer wieder deutlich zulegen werden. Gleichzeitig führt die robuste Entwicklung des privaten Konsums zu stark steigenden Einnahmen aus indirekten Steuern. Die positive Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in steigenden Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wider. Auf der Ausgabenseite wirkt die verbesserte Situation auf dem Arbeitsmarkt ebenso entlastend wie die günstigen Finanzierungskonditionen durch das anhaltend niedrige Zinsniveau. Dieser Rückgang der Zinskosten wird durch die Einigung mit den HETA-Gläubigern noch verstärkt und beträgt im Jahr 2017 bis zu 0.9 Milliarden Euro. In der zweiten Jahreshälfte 2017 und insbesondere im Jahr 2018 kommen hingegen die fiskalischen Kosten der Offensiv-Maßnahmen der Regierung zum Tragen. Der Beschäftigungsbonus, die Beschäftigungsaktion 20.000 und die Erhöhung der Forschungsprämie werden in Summe mit 300 Millionen Euro 2017 und mit einer Milliarde Euro 2018 berücksichtigt. Zusätzlich wird ein jährlicher Einnahmerückgang in der Höhe von 400 Millionen Euro aufgrund der Reduktion des Dienstgeberbeitrages zum Familienlastenausgleichsfonds angenommen. Aufgrund der guten Beschäftigungslage und der robusten Konjunktur stabilisiert sich das Maastricht-Defizit dennoch und geht 2018 geringfügig weiter zurück.

Gleichzeitig sind durch die notwendige Integration der Asylberechtigten und durch die Sicherheitsoffensive in Reaktion auf den vergangenen Flüchtlingszuzug erhebliche Mehrausgaben zu erwarten. Weiterhin sind die Maßnahmen zur Erhöhung des faktischen Pensionsantrittsalters im Auge zu behalten, um die zuletzt etwas bessere Entwicklung bei den Zuschüssen zu den Pensionen beibehalten zu können. Es besteht die Gefahr der Abkehr vom allgemeinen Diktat der Sparsamkeit und im Zusammenhang mit den anstehenden Neuwahlen könnten geplante Konsolidierungsmaßnahmen verzögert werden. Weitere Strukturreformen im Bereich des Finanzausgleichs sollten in Angriff genommen werden. Für eine zukunftsorientierte positive Entwicklung der öffentlichen Haushalte muss eine klarere Abgrenzung und Entflechtung der Kompetenzen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden angestrebt werden, in der Aufgaben und



deren Finanzierung gemeinsam verteilt werden. Die ersten Schritte hin zu einer Aufgabenorientierung in der Finanzierung der Bereiche Elementarpädagogik und Pflichtschule sind in dieser Hinsicht positiv zu bewerten. Die Überführung des Wohnbauförderungsbeitrages in eine Landesabgabe kann als ein Testlauf für mehr Abgabenaufonomie betrachtet werden und die geplante Einführung von *Spending Reviews* ein erster Schritt zu mehr Transparenz und besserer Steuerung.

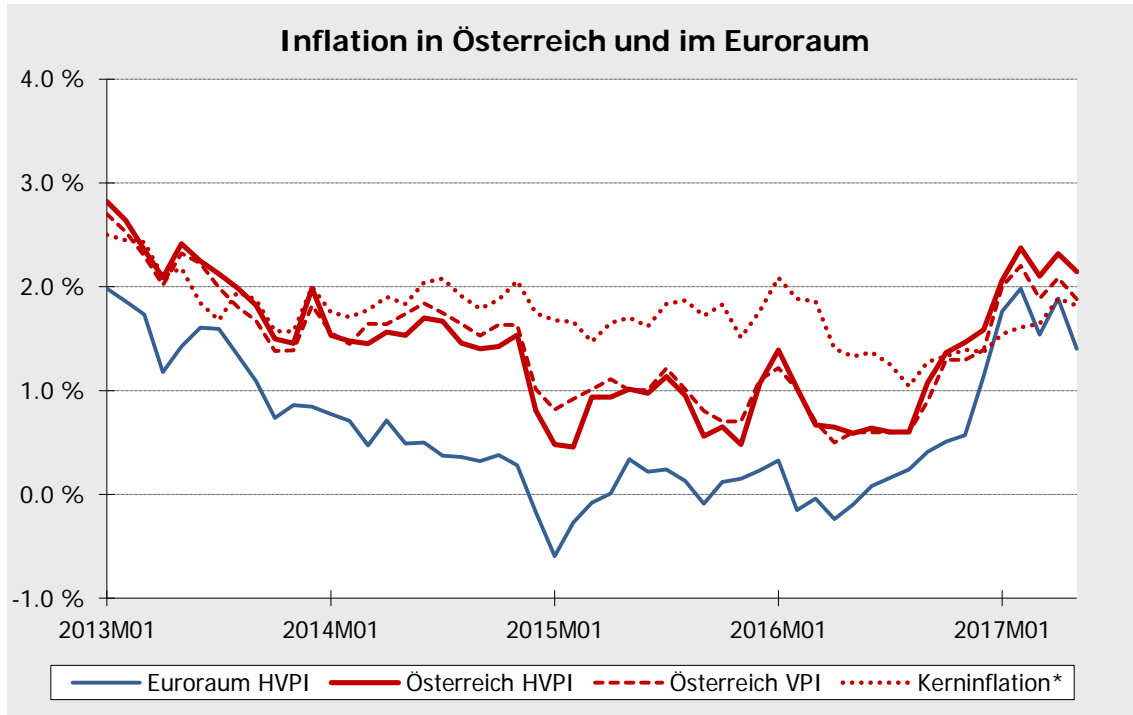
Nach einem relativ starken Anstieg von 1.9 % im Jahr 2016 wird der reale öffentliche Konsum in den nächsten Jahren wieder auf einen moderaten Wachstumskurs von 0.8 % und 1.0 % einschwenken. Damit sollte vom öffentlichen Konsum nur mehr ein geringer Wachstumsimpuls ausgehen.

Laut aktueller VGR-Quartalsrechnung fiel der Zuwachs der **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** im ersten Quartal dieses Jahres mit 0.8 % zurückhaltend aus. Die Effektivlöhne bleiben damit hinter den Tariflöhnen zurück, die um 1.4 % wuchsen. Die Lohndrift, die diesen Prozess des Auseinanderdriftens der beiden Werte beschreibt, weitet sich demnach weiter aus. Im weiteren Jahresverlauf dürften die Effektivlöhne aufgrund der guten Konjunktur wieder stärker wachsen, sodass im Jahresdurchschnitt ein Plus von 1.3 % erwartet wird. Unter Berücksichtigung der anziehenden Inflation sinken die Reallöhne im Jahresmittel 2017 um 0.7 %. Im kommenden Jahr dürfte sich die Erholung der Bruttolöhne fortsetzen und durchschnittlich 2.1 % betragen. Da die Inflation auf ihrem jetzigen Niveau verbleiben dürfte, werden die Reallöhne im Jahr 2018 nicht mehr rückläufig sein.

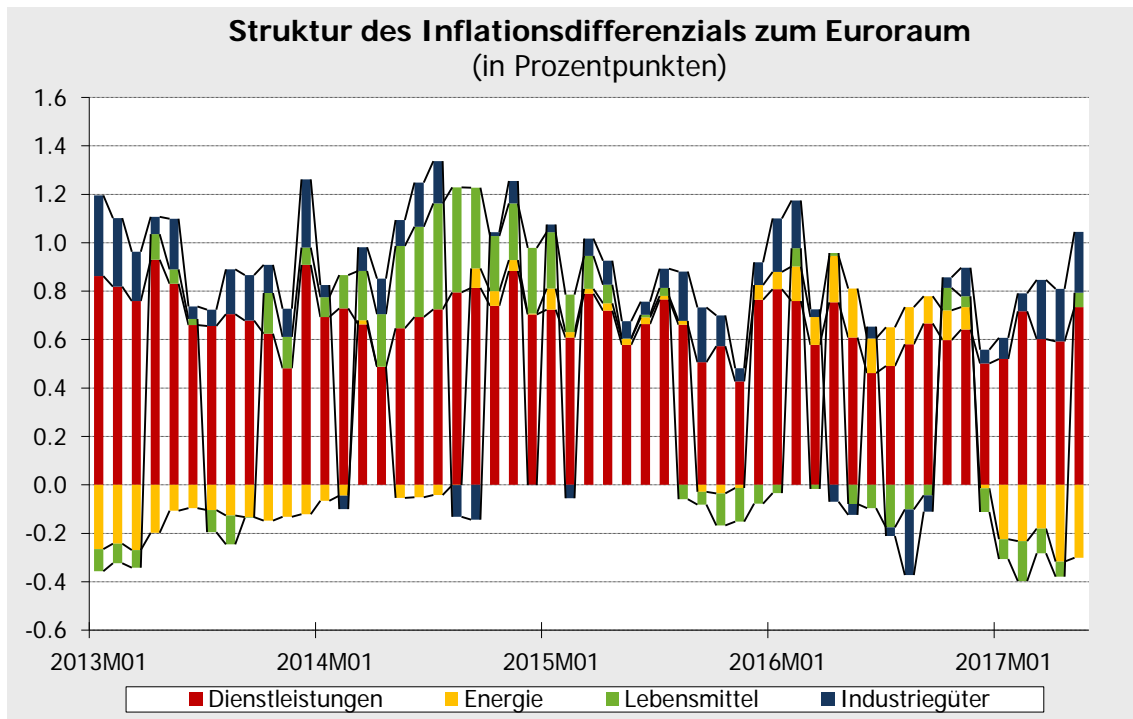
Während die **Inflation**, gemessen am Anstieg des VPI, noch zur Mitte des letzten Jahres gut ½ % betrug, erhöhte sich der Preisdruck über die Wintermonate merklich. Seit Jahresbeginn schwankt die Inflationsrate um 2 %. Diese Entwicklung ist mehrheitlich auf die Stabilisierung der Rohölpreise zurückzuführen. Daher wird auch die zu Jahresbeginn verzeichnete inflationstreibende Wirkung der Energiepreise auslaufen. Im verbleibenden Jahr wird sich der Preisdruck zunehmend aus den Bereichen Lebensmittel sowie Industriegüter nähren, was auf die anziehende Konjunktur zurückzuführen ist. Die Beiträge der Dienstleistungsbereiche bleiben nach wie vor wesentlich, es gibt aber keine Anzeichen für eine Beschleunigung des Preisanstiegs in diesem Aggregat. Von den Lohnstückkosten ist jedenfalls kaum ein Impuls zu erwarten. Alles in allem geht das Institut von einer Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2017 von 2.0 % aus. Unter der Annahme weitgehend stabiler Energie- und Rohstoffpreise sowie einer moderaten Lohnstückkostendynamik sollte die Teuerungsrate im Jahresdurchschnitt 2018 ebenfalls 2.0 % betragen. Aufgrund von Gewichtungunterschieden (z.B. stärkere Gewichtung der Hotel- und Restaurantpreise, Treibstoffe) sollte der HVPI-Anstieg mit 2.2 % bzw. 2.1 % geringfügig höhere Werte annehmen.

Im Vergleich der Länder des Euroraums ist die österreichische Inflationsrate zwar weiterhin hoch, die Spitzenreiterposition haben aber die baltischen Staaten übernommen. Diese weisen mittlerweile Raten um die 3 % aus. Der Durchschnitt des Euroraums lag im Mai bei 1.4 %. Dieser niedrigere Wert wird durch Länder mit hohem Gewichtsanteil in der Indexberechnung der Euroraum-Inflationsrate geprägt. So lag die französische Inflationsrate zuletzt wieder unter 1 %. Auch die Inflation Deutschlands bleibt trotz der zunehmenden Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten rund ½ Prozentpunkt niedriger als die österreichische. Das **Inflationsdifferenzial** zum Durchschnitt des Euroraums wird weiterhin durch den höheren Preisdruck im Bereich der Dienstleistungen getragen. So weist Österreich in diesem Bereich eine um 1.5 Prozentpunkte

höhere Inflationsrate aus, die aufgrund der höheren Gewichtung im Warenkorb überproportional zur Inflation beiträgt. Die Prognose für 2017 impliziert, dass sich das Inflationsdifferenzial zum Euroraum von 0.8 Prozentpunkten im Vorjahr auf 0.6 Prozentpunkte reduzieren wird. Für 2018 wird eine Inflationsrate im Euroraum von 1.6 % und in Österreich von 2.1 % prognostiziert.



Quelle: Eurostat, Statistik Austria, eigene Berechnungen, \*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in AT



Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

In den letzten Monaten hat sich die positive Dynamik am **Arbeitsmarkt** weiter verstärkt. Mit dem Konjunkturaufschwung expandiert die Beschäftigung äußerst kräftig und erstmals seit sechs Jahren sind auch die Arbeitslosenzahlen wieder rückläufig. Darüber hinaus werden von den beschlossenen Arbeitsmarktmaßnahmen der Bundesregierung (z.B. Senkung der Beiträge zum FLAF, Beschäftigungsbonus, Aktion 20.000) Impulse auf die Arbeitsmarktentwicklung ausgehen. Die Arbeitsmarktprognose zeichnet nunmehr ein verhalten optimistisches Bild. Der Konjunkturaufschwung treibt die Beschäftigung kräftig an, sodass trotz weiter steigenden Arbeitskräfteangebots die Arbeitslosigkeit leicht zurückgeht. Ausgehend von 9.1 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote (nationale Definition) auf 8.6 % bzw. 8.4 % fallen.

Seit Sommer des Vorjahres expandiert die Beschäftigungsnachfrage äußerst kräftig. Im Mai lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um knapp 69,000 bzw. 2.0 % über dem Vorjahresniveau. Der Konjunkturaufschwung reflektiert sich in der Verteilung der Beschäftigungsdynamik nach Geschlecht und Branche. Gegenwärtig wächst die Zahl der Arbeitsplätze bei den Männern (2.1 %) etwas schneller als bei den Frauen (1.6 %). Besonders dynamisch entwickelt sich die Beschäftigung in der konjunkturereagiblen Sachgüterproduktion. Im Jahresabstand wurden 18,300 zusätzliche Arbeitsplätze (3.1 %) geschaffen, davon 9,000 im Bereich Maschinen- und Fahrzeugbau. Deutliche Beschäftigungsgewinne verzeichneten auch die Bereiche Nahrungsmittel (3,000), Metall (2,300) und Elektro/Elektronik (2,200). Rückläufig war die Beschäftigung lediglich im Bereich Textil/Bekleidung (-400). Am Bau war die Beschäftigungsdynamik ebenfalls aufwärts gerichtet (4,500 bzw. 1.7%). Im Dienstleistungssektor legte die Zahl der Beschäftigten um 45,000 Personen bzw. 1.8 % zu. Im Einklang mit der Konjunktursituation expandieren die wirtschaftsnahen Dienstleistungen besonders kräftig (21,400). Deutliche Beschäftigungsausweitungen wurden auch in den Bereichen öffentliche Verwaltung (7,700) und Gesundheitswesen (7,600) verzeichnet, hingegen fiel die Beschäftigung bei den sonstigen sowie den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (jeweils -3,200).

Die kräftige Konjunktur sollte auch in den kommenden Monaten die Beschäftigungsnachfrage antreiben. Die Entwicklung der Zahl der offenen Stellen deutet ebenfalls darauf hin. Zusätzliche Impulse werden von den arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ausgehen. Somit geht das Institut für den Jahresdurchschnitt 2017 von einem Beschäftigungsanstieg um 1.8 % aus. Im nächsten Jahr könnte die Beschäftigung um 1.4 % zulegen.

In den letzten Monaten hat sich der Abbau der Arbeitslosigkeit verstärkt. So fiel die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** im Mai im Jahresabstand um 16,500 bzw. 4.9 %. In sektoraler Hinsicht ist die Arbeitslosigkeit in den Bereichen Handel (-3,100), Bau (-3,000), Herstellung von Waren (-2,200) sowie Beherbergung und Gastronomie (-2,100) am stärksten zurückgegangen. Relativ gesehen erfolgte der stärkste Abbau der Arbeitslosigkeit am Bau (-13 %) und bei der Warenherstellung (-8 %). Im Gegensatz zu den vorgemerkten Arbeitslosen steigt die Zahl der Schulungsteilnahmen an. Dieser Anstieg reflektiert die verstärkten Aktivitäten des AMS bei den Asylberechtigten.

### Arbeitsmarktentwicklung 2017

	Jänner bis Mai (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	61,384	1.7%
Männer	36,274	1.9%
Frauen	25,110	1.5%
Aktiv-Beschäftigte*	63,144	1.8%
Primärer Sektor	586	0.9%
Sachgüterproduktion	14,754	2.6%
Bau	4,379	1.9%
Dienstleistungssektor	43,435	1.7%
Arbeitslose*	-10,730	-2.8%
Männer	-7,557	-3.4%
Frauen	-3,173	-2.1%
Schulungsteilnehmer des AMS*	5,449	7.8%

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS

\* ohne Kindergeldbezieherinnen und Präsenzdiener mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis

Getrieben von der Arbeitsmigration aus den EU-Staaten und der höheren Erwerbsneigung von Älteren und Frauen steigt auch das Arbeitskräfteangebot im Prognosezeitraum weiter. Aufgrund der äußerst kräftigen Beschäftigungsnachfrage wird die Arbeitslosigkeit aber in den nächsten Monaten weiter fallen. Die Einschätzung der Entwicklung der Arbeitslosigkeit unterliegt aber einigen Unsicherheiten. Von den staatlichen Maßnahmen zur Reduktion der Lohnnebenkosten bzw. der Langzeitarbeitslosigkeit werden positive Impulse auf das Arbeitsmarktgeschehen ausgehen. Die Abschätzung der quantitativen Effekte der Maßnahmen ist jedoch weiterhin schwierig. In der Vergangenheit hat sich auch gezeigt, dass längere Hochkonjunkturphasen mit einem merklichen Abbau der Arbeitslosigkeit einhergehen. Insgesamt gesehen könnte die Arbeitsmarktentwicklung besser als gegenwärtig erwartet ausfallen. Hingegen besteht bei der Abschätzung der Auswirkungen des starken Zustroms von Asylsuchenden in den letzten Jahren ein negatives Prognoserisiko. Überraschend ist die Zahl der als arbeitslos vorgemerkten Asylberechtigten im April und Mai sogar gesunken. Die Arbeitslosigkeitsentwicklung bei den Asylberechtigten verläuft damit weiterhin besser als vom Institut erwartet. Ein stärkeres Auftreten der Asylberechtigten am Arbeitsmarkt könnte die ausgewiesene Arbeitslosigkeit jedoch merklich erhöhen.

Laut Prognose sinkt im Jahresdurchschnitt 2017 die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen um 12,500 Personen bzw. 3.5 %. Für das kommende Jahr wird ein weiterer Rückgang um 7,500 Personen erwartet. Ausgehend von 9.1 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition im Jahresdurchschnitt 2017 auf 8.6 % fallen und nächstes Jahr 8.4 % betragen. Nach 6.0 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition Werte von 5.7 % bzw. 5.6 % annehmen.

Der erwartete Rückgang der Arbeitslosigkeit ist zwar erfreulich, allerdings primär konjunkturell bedingt und die Arbeitslosenquote bleibt noch auf einem historisch extrem hohen Niveau. Weiterhin finden sich Hinweise auf qualifikatorischen Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen. Vor diesem Hintergrund begrüßt das Institut die Anstrengungen der Bundesregierung zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage. Diese bekämpfen primär strukturelle Probleme und sind daher auch in der gegenwärtigen Konjunktursituation adäquat. Die Senkung der Lohnnebenkosten und die verstärkten Anstrengungen zur Arbeitszeitflexibilisierung werden vom Institut besonders positiv gesehen. Bei der Aktion 20.000 muss darauf geachtet werden, dass das Programm auf die Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit der geförderten Älteren und die Vermittlung auf den ersten Arbeitsmarkt abzielt. Internationale Erfahrungen zeigen, dass es schwierig ist, Langzeitarbeitslose, insbesondere Ältere, wieder in Beschäftigung zu bringen. Notwendig ist daher eine Ausweitung der vorausschauenden („präventiven“) Arbeitsmarktpolitik, die bereits beim Entstehen der Arbeitslosigkeit ansetzt. Es hat sich auch gezeigt, dass die größten sozialen Erträge bei Maßnahmen im „Frühkindalter“ erzielt werden können. Ein Ausbau der Frühkindförderung, insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten, könnte daher bereits die Entstehung von Arbeitsmarktproblemen verhindern.

## 5. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen im Euroraum liegen seit der Zinssenkung im März des vergangenen Jahres unverändert auf historisch niedrigen Niveaus. Der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte beträgt 0 %, der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität liegt bei 0.25 % und jener für die Einlagefazilität bei -0.40 %. Banken müssen also weiterhin dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Im Vereinigten Königreich liegt der Leitzinssatz weiterhin bei 0.25 %. In den USA wurde die Spanne für den Zielsatz für Taggeld in der jüngsten Sitzung des Offenmarktausschusses Mitte Juni erneut auf nun 1 % bis 1.25 % angehoben. In der Schweiz und in Japan liegen die Leitzinsen unverändert im negativen Bereich. Das Zielband des 3-Monats-Libor in der Schweiz beträgt -1.25 % bis -0.25 %, der Leitzinssatz in Japan liegt bei -0.1 %.

Die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, ist zwar seit Mitte des vergangenen Jahres tendenziell gestiegen, liegt aber immer noch unterhalb der Zielmarke der EZB von knapp 2 %. Im März, April und Mai betrug die Inflation im Euroraum 1.5 %, 1.9 % bzw. 1.4 %. Für den Jahresdurchschnitt 2017 wird mit einem Wert von 1.6 % gerechnet. Im laufenden Jahr werden keine Zinsschritte der EZB erwartet, gegen Ende des kommenden Jahres könnten jedoch die Leitzinsen im Euroraum wieder angehoben werden. Damit bleibt die Geldpolitik für Österreich weiterhin deutlich expansiv ausgerichtet.

Leitzinsen	Europäische Zentralbank	Federal Reserve	Bank of England	Schweizerische Nationalbank	Bank of Japan
Ende 2014	0.05	0 – 0.25	0.5	-0.75 – 0.25	0.1
Ende 2015	0.05	0.25 – 0.5	0.5	-1.25 – -0.25	0.1
Ende 2016	0	0.5 – 0.75	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1
26.6.2017	0	1 – 1.25	0.25	-1.25 – -0.25	-0.1

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

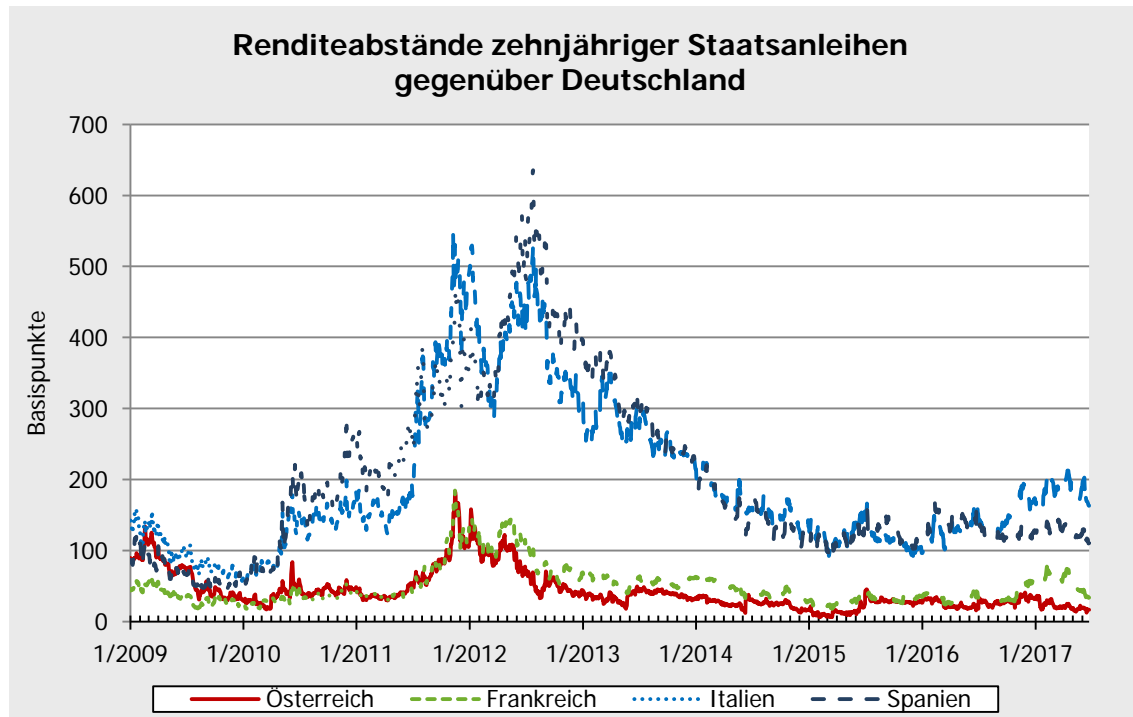
Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, hat der EZB-Rat das laufende Programm zum Ankauf von Vermögenswerten in seiner Juni-Sitzung bestätigt. Dies bedeutet, dass die Ankäufe im Ausmaß von monatlich 60 Mrd. Euro bis Dezember 2017 fortgesetzt werden. Erneut wurde bekräftigt, dass das Programm, falls erforderlich, auch darüber hinaus fortgesetzt werden kann, zumindest so lange, bis eine nachhaltige Korrektur der Inflationserwartungen eintritt. Bisher gibt es keine Informationen darüber, wie ein Ausstieg aus dem Ankaufprogramm ausgestaltet sein wird.

Die Geldmarktzinsen im Euroraum notieren weiterhin im negativen Bereich und haben sich in den vergangenen Monaten kaum verändert. Im Durchschnitt betrug der 3-Monats-Euribor im zweiten Quartal des laufenden Jahres -0.3 %, was gegenüber dem Vorquartal praktisch konstante Zinsen bedeutet. Gegenüber dem Vorjahresquartal notierte der 3-Monats-Euribor um rund 10 Basispunkte niedriger. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut zu Beginn konstante und anschließend leicht steigende Geldmarktzinsen. Die Prognose für den jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor in den Jahren 2017 und 2018 beträgt -0.3 % bzw. -0.2 %.

Die Renditen von Staatsanleihen sind im laufenden Quartal, anders als in den Vorquartalen, wieder etwas gesunken. Österreichische und deutsche Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren

notierten im zweiten Quartal 2017 zu durchschnittlich 0.5 % bzw. 0.3 %. Dies entspricht einem Rückgang gegenüber dem Vorquartal um rund 10 bzw. 5 Basispunkte. Im Vergleich zum Vorjahresquartal sind die Renditen 10-jähriger Staatsanleihen leicht gestiegen, und zwar sowohl in Österreich als auch in Deutschland um knapp 20 Basispunkte.

Nach wie vor gelten deutsche Bundesanleihen als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) von Frankreich, Spanien und Italien sind zuletzt wieder etwas zurückgegangen.



Quelle: Thomson Reuters Datastream

Das Institut rechnet damit, dass das Renditeniveau von Staatsanleihen in den stabilen Euroraum-Ländern in der Prognoseperiode leicht ansteigt. Für die Jahre 2017 und 2018 wird für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von zehn Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0.7 % bzw. 0.9 % prognostiziert.

Im Durchschnitt des laufenden Quartals betrug der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar 1.10 USD/EUR. Dies bedeutet, dass der Euro gegenüber dem Dollar im Vergleich zum Vorquartal etwas aufgewertet hat (um rund 3.5 %), im Vergleich zum Vorjahresquartal hat er etwas an Wert verloren (um rund 2.5 %). Für die Jahre 2017 und 2018 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von jeweils 1.10 USD/EUR erwartet.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten in den Jahren 2017 und 2018 fällt wie folgt aus: Die Sichteinlagen sollten um 9.6 % bzw. 6.7 % steigen. Die Termineinlagen dürften um 7.5 % bzw. 1.0 % schrumpfen. Für die Spareinlagen prognostiziert das Institut ein leichtes Wachstum um 0.7 % bzw. 1.6 %. Das Kreditvolumen sollte in der Prognoseperiode um 0.7 % bzw. 0.6 % ausgeweitet werden.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.068 1.5%	321.969 2.2%	327.328 1.7%
BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.344 2.8%	363.156 4.0%	375.865 3.5%
DEFLATOR DES BIP (2010=100)	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	110.879 1.3%	112.792 1.7%	114.828 1.8%
VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100)	93.315 3.3%	95.574 2.4%	97.471 2.0%	99.097 1.7%	100.000 0.9%	100.900 0.9%	102.918 2.0%	104.976 2.0%
ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	43.433 1.9%	44.605 2.7%	45.553 2.1%	46.460 2.0%	47.385 2.0%	47.989 1.3%	48.589 1.3%	49.609 2.1%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE (IN 1000 PERSONEN)	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3563.724 1.8%	3612.903 1.4%
ARBEITSLΟΣENQUOTE NAT. DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	8.640 -0.419	8.366 -0.275



TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	160.094 1.3%	160.893 0.5%	160.672 -0.1%	160.239 -0.3%	160.236 0.0%	162.614 1.5%	164.939 1.4%	166.617 1.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.519 1.9%	63.995 0.8%	64.635 1.0%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	68.049 6.7%	68.983 1.4%	70.478 2.2%	69.866 -0.9%	70.369 0.7%	72.750 3.4%	75.207 3.4%	76.832 2.2%
LAGERVERÄNDERUNGEN IN PROZENT DES BIP	4.798 1.6	3.958 1.3	2.484 0.8	3.013 1.0	2.715 0.9	2.607 0.8	2.857 0.9	3.107 0.9
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.782 2.2%	309.342 1.8%	313.527 1.4%
AUSSENBEITRAG IN PROZENT DES BIP	10.055 3.3	11.053 3.6	10.943 3.6	12.663 4.1	13.385 4.3	11.312 3.6	12.647 3.9	13.816 4.2
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.068 1.5%	321.969 2.2%	327.328 1.7%

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
PRIVATER KONSUM	0.697	0.264	-0.073	-0.142	-0.001	0.766	0.738	0.521
ÖFFENTLICHER KONSUM	0.003	0.031	0.137	0.158	0.411	0.387	0.151	0.199
BRUTTOINVESTITIONEN	2.071	-0.067	-0.033	0.086	0.129	0.708	0.883	0.586
ANLAGEINVESTITIONEN	1.454	0.308	0.490	-0.200	0.163	0.767	0.780	0.505
LAGERVERÄNDERUNGEN	0.737	-0.277	-0.483	0.173	-0.097	-0.035	0.079	0.078
EXPORTE I.W.S.	3.046	0.868	0.286	1.214	1.926	0.913	2.230	1.953
WAREN	2.354	0.470	-0.286	0.853	1.394	0.495	1.975	1.551
Dienstleistungen	0.693	0.395	0.559	0.359	0.530	0.402	0.297	0.418
IMPORTE I.W.S.	-2.958	-0.539	-0.322	-0.651	-1.691	-1.581	-1.806	-1.590
WAREN	-2.445	-0.009	0.765	-0.321	-1.616	-1.303	-1.502	-1.220
Dienstleistungen	-0.513	-0.541	-1.112	-0.328	-0.089	-0.288	-0.321	-0.373
BRUTTOINLANDSPRODUKT	2.808	0.746	0.124	0.645	0.963	1.481	2.190	1.664



TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	159.775 4.6%	164.310 2.8%	167.669 2.0%	170.685 1.8%	172.979 1.3%	177.678 2.7%	183.769 3.4%	189.318 3.0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.416 1.5%	5.751 6.2%	5.831 1.4%	6.011 3.1%	6.111 1.7%	6.383 4.5%	6.657 4.3%	6.892 3.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	61.050 1.7%	62.661 2.6%	63.838 1.9%	65.325 2.3%	67.716 3.7%	70.056 3.5%	71.640 2.3%	73.623 2.8%
BRUTTOINVESTITIONEN	74.612 11.8%	76.171 2.1%	76.877 0.9%	78.163 1.7%	79.899 2.2%	83.149 4.1%	87.519 5.3%	91.062 4.0%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.768 11.7%	37.637 2.4%	39.905 6.0%	39.723 -0.5%	41.185 3.7%	43.515 5.7%	46.152 6.1%	47.897 3.8%
BAUINVESTITIONEN	32.650 5.8%	34.287 5.0%	34.719 1.3%	35.410 2.0%	35.659 0.7%	36.720 3.0%	38.110 3.8%	39.552 3.8%
STATISTISCHE DIFFERENZ	0.000	0.000	-0.003	-0.670	-0.433	-0.533	-0.539	-0.546
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.000	0.000	-0.003	-0.668	0.237	-0.100	-0.006	-0.007
INLANDSNACHFRAGE	300.853 5.6%	308.892 2.7%	314.212 1.7%	319.514 1.7%	326.272 2.1%	336.733 3.2%	349.046 3.7%	360.350 3.2%
IMPORTE I.W.S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	182.354 1.1%	193.219 6.0%	203.030 5.1%
BIP ZU MARKTPREISEN	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	169.742 1.8%	179.109 5.5%	187.515 4.7%
	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.344 2.8%	363.156 4.0%	375.865 3.5%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	154.760 1.3%	155.413 0.4%	155.138 -0.2%	154.684 -0.3%	154.627 0.0%	156.837 1.4%	159.032 1.4%	160.623 1.0%
KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK	5.334 -0.1%	5.483 2.8%	5.536 1.0%	5.558 0.4%	5.613 1.0%	5.784 3.0%	5.914 2.3%	6.003 1.5%
ÖFFENTLICHER KONSUM	60.058 0.0%	60.151 0.2%	60.570 0.7%	61.053 0.8%	62.317 2.1%	63.519 1.9%	63.995 0.8%	64.635 1.0%
BRUTTOINVESTITIONEN	72.846 9.1%	72.643 -0.3%	72.542 -0.1%	72.805 0.4%	73.203 0.5%	75.402 3.0%	78.184 3.7%	80.072 2.4%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	36.351 10.4%	36.581 0.6%	38.389 4.9%	37.797 -1.5%	38.708 2.4%	40.700 5.1%	42.633 4.8%	43.699 2.5%
BAUINVESTITIONEN	31.698 2.7%	32.397 2.2%	32.113 -0.9%	32.082 -0.1%	31.704 -1.2%	32.132 1.4%	32.695 1.8%	33.267 1.8%
STATISTISCHE DIFFERENZ	-0.153	0.417	0.810	0.745	1.324	2.214	2.196	2.179
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.153	0.570	0.393	-0.065	0.579	0.890	-0.018	-0.017
INLANDSNACHFRAGE	292.845 2.8%	294.104 0.4%	294.611 0.2%	294.900 0.1%	297.211 0.8%	303.782 2.2%	309.342 1.8%	313.527 1.4%
IMPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	175.216 1.6%	182.242 4.0%	188.531 3.5%
BIP ZU MARKTPREISEN	302.901 2.8%	305.160 0.7%	305.539 0.1%	307.509 0.6%	310.470 1.0%	315.068 1.5%	321.969 2.2%	327.328 1.7%

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
KONSUM PRIVATE HAUSHALTE	103.240 3.2%	105.725 2.4%	108.077 2.2%	110.344 2.1%	111.868 1.4%	113.288 1.3%	115.554 2.0%	117.865 2.0%
ÖFFENTLICHER KONSUM	101.652 1.7%	104.172 2.5%	105.394 1.2%	106.998 1.5%	108.664 1.6%	110.292 1.5%	111.947 1.5%	113.906 1.8%
BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN	102.012 2.0%	104.264 2.2%	105.883 1.6%	107.539 1.6%	109.203 1.5%	110.289 1.0%	112.040 1.6%	113.819 1.6%
AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN	101.147 1.1%	102.887 1.7%	103.950 1.0%	105.094 1.1%	106.399 1.2%	106.918 0.5%	108.254 1.3%	109.607 1.3%
BAUINVESTITIONEN	103.004 3.0%	105.835 2.7%	108.116 2.2%	110.374 2.1%	112.475 1.9%	114.278 1.6%	116.563 2.0%	118.894 2.0%
INLANDSNACHFRAGE	102.735 2.7%	105.028 2.2%	106.653 1.5%	108.347 1.6%	109.778 1.3%	110.847 1.0%	112.835 1.8%	114.934 1.9%
EXPORTE I.W.S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.074 -0.5%	106.023 1.9%	107.691 1.6%
	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.562 -1.2%	105.610 2.0%	107.327 1.6%
BIP ZU MARKTPREISEN	101.892 1.9%	103.918 2.0%	105.564 1.6%	107.450 1.8%	109.478 1.9%	110.879 1.3%	112.792 1.7%	114.828 1.8%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	122.328 10.2%	124.971 2.2%	122.919 -1.6%	124.537 1.3%	127.692 2.5%	127.646 0.0%	136.579 7.0%	143.826 5.3%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	30.375 13.4%	32.183 6.0%	34.808 8.2%	36.432 4.7%	37.640 3.3%	39.172 4.1%	40.753 4.0%	42.918 5.3%
REISEVERKEHR	12.945 4.1%	13.445 3.9%	13.839 2.9%	14.206 2.6%	15.017 5.7%	15.536 3.5%	15.887 2.3%	16.286 2.5%
EXPORTE I. W. S.	165.648 10.2%	170.599 3.0%	171.566 0.6%	175.175 2.1%	180.350 3.0%	182.354 1.1%	193.219 6.0%	203.030 5.1%
WARENIMPORTE	125.961 13.2%	128.094 1.7%	124.586 -2.7%	123.914 -0.5%	125.633 1.4%	126.802 0.9%	134.057 5.7%	140.150 4.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	25.235 12.1%	27.503 9.0%	31.943 16.1%	33.200 3.9%	33.866 2.0%	35.482 4.8%	37.368 5.3%	39.450 5.6%
REISEVERKEHR	6.675 0.0%	6.777 1.5%	6.709 -1.0%	7.157 6.7%	7.227 1.0%	7.459 3.2%	7.684 3.0%	7.916 3.0%
IMPORTE I. W. S.	157.871 12.4%	162.374 2.9%	163.239 0.5%	164.271 0.6%	166.726 1.5%	169.742 1.8%	179.109 5.5%	187.515 4.7%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE I.T. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	117.989 6.2%	119.414 1.2%	118.541 -0.7%	121.146 2.2%	125.434 3.5%	126.973 1.2%	133.194 4.9%	138.189 3.8%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	28.876 7.8%	29.990 3.9%	31.576 5.3%	32.588 3.2%	33.646 3.2%	34.697 3.1%	35.564 2.5%	36.809 3.5%
REISEVERKEHR	12.382 -0.5%	12.464 0.7%	12.584 1.0%	12.670 0.7%	13.243 4.5%	13.441 1.5%	13.508 0.5%	13.610 0.8%
EXPORTE I.W.S.	159.246 6.0%	161.875 1.7%	162.748 0.5%	166.458 2.3%	172.381 3.6%	175.216 1.6%	182.242 4.0%	188.531 3.5%
WARENIMPORTE	118.488 6.5%	118.514 0.0%	116.180 -2.0%	117.162 0.8%	122.132 4.2%	126.176 3.3%	130.908 3.8%	134.835 3.0%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	24.356 8.2%	26.032 6.9%	29.646 13.9%	30.419 2.6%	30.713 1.0%	31.585 2.8%	32.532 3.0%	33.671 3.5%
REISEVERKEHR	6.347 -5.0%	6.311 -0.6%	6.090 -3.5%	6.319 3.8%	6.301 -0.3%	6.322 0.3%	6.385 1.0%	6.449 1.0%
IMPORTE I.W.S.	149.191 6.2%	150.822 1.1%	151.805 0.7%	153.794 1.3%	158.996 3.4%	163.904 3.1%	169.595 3.5%	174.715 3.0%



TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
WARENEXPORTE	103.677 3.7%	104.654 0.9%	103.693 -0.9%	102.799 -0.9%	101.800 -1.0%	100.531 -1.2%	102.541 2.0%	104.079 1.5%
EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	105.191 5.2%	107.313 2.0%	110.234 2.7%	111.794 1.4%	111.872 0.1%	112.897 0.9%	114.590 1.5%	116.595 1.8%
REISEVERKEHR	104.550 4.5%	107.871 3.2%	109.974 1.9%	112.123 2.0%	113.397 1.1%	115.585 1.9%	117.608 1.8%	119.666 1.8%
EXPORTE I. W. S.	104.020 4.0%	105.389 1.3%	105.418 0.0%	105.237 -0.2%	104.623 -0.6%	104.074 -0.5%	106.023 1.9%	107.691 1.6%
WARENIMPORTE	106.307 6.3%	108.083 1.7%	107.236 -0.8%	105.763 -1.4%	102.866 -2.7%	100.496 -2.3%	102.405 1.9%	103.942 1.5%
IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN	103.608 3.6%	105.652 2.0%	107.750 2.0%	109.143 1.3%	110.269 1.0%	112.337 1.9%	114.865 2.3%	117.162 2.0%
REISEVERKEHR	105.170 5.2%	107.379 2.1%	110.170 2.6%	113.255 2.8%	114.694 1.3%	117.974 2.9%	120.333 2.0%	122.740 2.0%
IMPORTE I. W. S.	105.818 5.8%	107.659 1.7%	107.532 -0.1%	106.812 -0.7%	104.862 -1.8%	103.562 -1.2%	105.610 2.0%	107.327 1.6%
TERMS OF TRADE, GESAMT	98.301 -1.7%	97.891 -0.4%	98.034 0.1%	98.525 0.5%	99.772 1.3%	100.494 0.7%	100.391 -0.1%	100.339 -0.1%
TERMS OF TRADE, GÜTER	97.527 -2.5%	96.827 -0.7%	96.696 -0.1%	97.198 0.5%	98.963 1.8%	100.034 1.1%	100.133 0.1%	100.133 0.0%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
IMPORTQUOTE, GESAMT	51.152	51.203	50.611	49.716	49.052	48.589	49.320	49.889
ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.473	0.051	-0.593	-0.894	-0.664	-0.463	0.731	0.569
IMPORTQUOTE, GÜTER	40.813	40.393	38.627	37.502	36.962	36.297	36.914	37.287
ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.042	-0.420	-1.767	-1.125	-0.540	-0.665	0.617	0.373
EXPORTQUOTE, GESAMT	53.672	53.797	53.192	53.016	53.060	52.199	53.206	54.017
ABSOLUTE DIFFERENZEN	2.668	0.125	-0.604	-0.176	0.044	-0.861	1.007	0.811
EXPORTQUOTE, GÜTER	39.636	39.408	38.110	37.691	37.568	36.539	37.609	38.265
ABSOLUTE DIFFERENZEN	1.943	-0.227	-1.299	-0.419	-0.123	-1.029	1.070	0.656

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG	5427.239 0.4%	5447.026 0.4%	5472.657 0.5%	5506.268 0.6%	5554.650 0.9%	5612.242 1.0%	5644.568 0.6%	5670.773 0.5%
ERWERBSQUOTE	75.922 1.2%	76.757 1.1%	77.350 0.8%	77.978 0.8%	78.662 0.9%	78.949 0.4%	79.422 0.6%	79.899 0.6%
ERWERBSPERSONEN	4120.450 1.6%	4180.997 1.5%	4233.103 1.2%	4293.657 1.4%	4369.385 1.8%	4430.784 1.4%	4483.043 1.2%	4530.879 1.1%
INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN	3580.961 0.7%	3597.064 0.4%	3609.608 0.3%	3624.041 0.4%	3657.227 0.9%	3677.303 0.5%	3684.352 0.2%	3688.260 0.1%
AUSLÄNDISCHES ARBEITS- KRÄFTEANGEBOT	539.489 8.0%	583.933 8.2%	623.495 6.8%	669.616 7.4%	712.158 6.4%	753.482 5.8%	798.691 6.0%	842.619 5.5%
SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE	452.000 1.5%	454.900 0.6%	462.900 1.8%	470.900 1.7%	480.200 2.0%	486.600 1.3%	491.466 1.0%	497.609 1.3%
UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT	3668.450 1.6%	3726.097 1.6%	3770.203 1.2%	3822.757 1.4%	3889.185 1.7%	3944.184 1.4%	3991.577 1.2%	4033.270 1.0%
UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE	3323.325 1.9%	3370.480 1.4%	3391.705 0.6%	3415.529 0.7%	3448.745 1.0%	3502.431 1.6%	3563.724 1.8%	3612.903 1.4%
PRÄSENZDIENER	98.423 -1.8%	94.974 -3.5%	91.290 -3.9%	87.871 -3.7%	86.109 -2.0%	84.440 -1.9%	82.963 -1.8%	82.963 0.0%
ARBEITLOSSE	246.702 -1.6%	260.643 5.7%	287.207 10.2%	319.357 11.2%	354.332 11.0%	357.313 0.8%	344.891 -3.5%	337.404 -2.2%
ARBEITLOSQUOTE NAT. DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.725 -0.220	6.995 0.270	7.618 0.623	8.354 0.736	9.111 0.757	9.059 -0.051	8.640 -0.419	8.366 -0.275

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
ARBEITNEHMERENTGELT LAUT VGR	144.343 3.9%	150.342 4.2%	154.502 2.8%	158.686 2.7%	163.418 3.0%	168.077 2.9%	173.157 3.0%	179.233 3.5%
BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN	125.651 5.2%	126.410 0.6%	126.772 0.3%	129.661 2.3%	132.676 2.3%	136.312 2.7%	143.921 5.6%	149.402 3.8%
PRODUKTIONSABGABEN MINUS SUBVENTIONEN	38.636 6.5%	40.365 4.5%	41.265 2.2%	42.071 2.0%	43.802 4.1%	44.954 2.6%	46.078 2.5%	47.230 2.5%
BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL	308.630 4.8%	317.117 2.7%	322.539 1.7%	330.418 2.4%	339.896 2.9%	349.344 2.8%	363.156 4.0%	375.865 3.5%
PRIMÄREINKOMMEN AUS DEM AUSLAND, NETTO	1.046 -57.7%	0.323 -69.1%	0.874 170.7%	-3.299 -477.6%	-1.372 -58.4%	-0.290 -78.9%	-0.296 2.0%	-0.302 2.0%
ABSCHREIBUNGEN LAUT VGR	53.480 3.7%	55.715 4.2%	57.662 3.5%	59.603 3.4%	61.404 3.0%	63.550 3.5%	65.774 3.5%	68.076 3.5%
NETTO-NATIONALEINKOMMEN ZU MARKTPREISEN	256.196 4.3%	261.725 2.2%	265.750 1.5%	267.515 0.7%	277.120 3.6%	285.504 3.0%	297.086 4.1%	307.486 3.5%
LAUFENDE TRANSFERS AUS DEM AUSLAND, NETTO	-3.017 0.9%	-3.257 7.9%	-3.909 20.0%	-3.263 -16.5%	-3.361 3.0%	-3.450 2.7%	-3.519 2.0%	-3.589 2.0%
VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN DER VOLKSWIRTSCHAFT	253.179 4.4%	258.469 2.1%	261.842 1.3%	264.252 0.9%	273.759 3.6%	282.054 3.0%	293.567 4.1%	303.897 3.5%

TAB. 11 : MONETÄRER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
SICHTEINLAGEN	90.120 2.4%	102.909 14.2%	112.936 9.7%	115.761 2.5%	130.036 12.3%	144.574 11.2%	158.453 9.6%	169.069 6.7%
TERMINEINLAGEN INKLUSIVE AUFGENOMMENE GELDER	36.232 7.2%	32.003 -11.7%	29.651 -7.4%	34.620 16.8%	35.751 3.3%	37.128 3.9%	34.343 -7.5%	34.000 -1.0%
SPAREINLAGEN	156.367 -0.4%	157.452 0.7%	153.320 -2.6%	149.938 -2.2%	147.115 -1.9%	145.678 -1.0%	146.697 0.7%	149.044 1.6%
KREDITVOLUMEN	314.156 2.1%	319.542 1.7%	316.699 -0.9%	316.682 0.0%	321.655 1.6%	326.337 1.5%	328.622 0.7%	330.593 0.6%
EURIBOR 3M	1.39	0.57	0.22	0.21	-0.02	-0.26	-0.31	-0.18
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.58	-0.82	-0.35	-0.01	-0.23	-0.24	-0.05	0.13
ÖST. BENCHMARKRENDITE 10J	3.28	2.29	1.99	1.48	0.75	0.37	0.74	0.93
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.12	-0.99	-0.30	-0.51	-0.73	-0.38	0.37	0.19

TAB. 12: WECHSELKURSE

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
USD/EUR	1.392 4.9%	1.286 -7.6%	1.328 3.3%	1.329 0.0%	1.110 -16.5%	1.106 -0.4%	1.098 -0.7%	1.100 0.2%
GBP/EUR	0.868 1.2%	0.811 -6.6%	0.849 4.7%	0.806 -5.0%	0.726 -9.9%	0.819 12.7%	0.873 6.6%	0.890 1.9%
YEN/EUR	110.985 -4.7%	102.669 -7.5%	129.539 26.2%	140.413 8.4%	134.348 -4.3%	120.332 -10.4%	120.900 0.5%	119.100 -1.5%
CHF/EUR	1.234 -10.7%	1.205 -2.4%	1.231 2.1%	1.215 -1.3%	1.068 -12.0%	1.090 2.0%	1.078 -1.1%	1.078 0.0%

---

Autoren: Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch,  
Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Simon Loretz, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2017 – 2018: Kräftiger Wirtschaftsaufschwung in Österreich

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 97

Redaktion: Bianca Brandl

© 2017 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>

---